



**Sachlicher Teilregionalplan
Windenergienutzung 2027
der Region Havelland-Fläming**

**Bericht über das
Erarbeitungsverfahren**

Stand 21. Mai 2024

Anlage 3
zum Beschluss der Regionalversammlung
Nr. 11/04/01
vom 6. Juni 2024

Erarbeitet von der
Regionalen Planungsstelle
Oderstraße 65
14513 Teltow
www.havelland-flaeming.de

Inhaltsverzeichnis

I.	Verfahrensdokumentation	5
I.1	Angaben zum Gegenstand, zum zeitlichen Ablauf, zu den Phasen und zum quantitativen Umfang des Beteiligungsverfahrens	5
I.2	Nachweise über die Erfüllung der Unterrichts- und Informationspflichten nach § 9 Absatz 1 ROG und die Beteiligung der in ihren Belangen berührten öffentlichen Stellen sowie der Öffentlichkeit nach § 9 Absatz 2 ROG i. V. m. § 2 Abs. 3 RegBkPIG.....	7
I.2.1	Verfahren nach § 9 Absatz 1 ROG	7
I.2.2	Verfahren nach § 9 Absatz 2 ROG	15
II.	Abwägungsdokumentation.....	24
II.1	Einzelabwägungen nach Stellungnehmenden und Sachpunkten (Abwägungstabellen).....	24
II.2	Zusammengefasste Darstellung der Abwägungsergebnisse	24
II.2.1	Allgemeine Hinweise und Anregungen zum Sachlichen Teilregionalplan	24
II.2.2	Kritik am Planungskonzept	25
II.2.3	Ortbezogene Einzelfallentscheidungen	32
II.2.4	Umweltprüfung	34
II.3	Änderungsdokumentation	41

Abkürzungsverzeichnis

Abs.	Absatz
AGW-Erlass	Erlass zum Artenschutz in Genehmigungsverfahren für Windenergieanlagen
BauGB	Baugesetzbuch
BbgFzG	Brandenburgisches Flächenzielgesetz
BbgWEAAbG	Brandenburgisches Windenergieanlagenabstandsgesetz
BNatSchG	Bundesnaturschutzgesetz
bzw.	beziehungsweise
EEG	Erneuerbare-Energien-Gesetz
e. V.	eingetragener Verein
GmbH	Gesellschaft mit beschränkter Haftung
i. V. m.	in Verbindung mit
LaPro	Landschaftsprogramm des Landes Brandenburg
LEP HR	Landesentwicklungsplan Hauptstadtregion Berlin-Brandenburg
LWaldG	Waldgesetz des Landes Brandenburg
OVG	Oberverwaltungsgericht
RegBkPIG	Gesetz zur Regionalplanung und zur Braunkohlen- und Sanierungsplanung
Rn.	Randnummer
ROG	Raumordnungsgesetz
VRW	Vorranggebiet für die Windenergienutzung
WindBG	Windenergieflächenbedarfsgesetz

I. Verfahrensdokumentation

I.1 Angaben zum Gegenstand, zum zeitlichen Ablauf, zu den Phasen und zum quantitativen Umfang des Beteiligungsverfahrens

Mit der Aufstellung des Sachlichen Teilregionalplans Windenergienutzung 2027 erfüllt die Regionale Planungsgemeinschaft ihre Pflichtaufgabe gemäß § 4 Absatz 2 RegBkPIG. Der Landesentwicklungsplan Hauptstadtregion Berlin-Brandenburg (LEP HR) beauftragt die Regionalplanung durch Ziel 8.2 Gebiete für die Windenergienutzung in den Regionalplänen festzulegen. Zugleich erfüllt die Regionale Planungsgemeinschaft mit der Aufstellung des Sachlichen Teilregionalplans Windenergienutzung 2027 ihre gesetzliche Verpflichtung nach Artikel 1 des Gesetzes zur Umsetzung des Windenergieflächenbedarfsgesetzes vom 2. März 2023.

Der Regionalplan Havelland-Fläming 2020, der auch raumordnerische Festlegungen zur Windenergienutzung beinhaltet hatte, ist aufgrund der Urteile des Oberverwaltungsgerichts Berlin-Brandenburg vom 5. Juli 2018 unwirksam. Für die Region Havelland-Fläming bestanden daher zum Zeitpunkt der Aufstellung des Sachlichen Teilregionalplans Windenergienutzung 2027 keine Festlegungen der Raumordnung zu Gebieten für die Nutzung der Windenergie.

Die Festlegung von Gebieten für die Windenergienutzung war Bestandteil des Entwurfs des Regionalplans Havelland-Fläming 3.0, der in der Zeit vom 10. März 2022 bis einschließlich 10. Mai 2022 öffentlich ausgelegt worden war. Der Öffentlichkeit und den in ihren Belangen berührten öffentlichen Stellen war Gelegenheit gegeben, zum Planentwurf Stellungnahmen abzugeben.

Vor dem Hintergrund der geänderten Rechtslage, welche insbesondere durch das Gesetz zur Erhöhung und Beschleunigung des Ausbaus von Windenergieanlagen an Land vom 20. Juli 2022 eingetreten war, hatte die Regionalversammlung am 17. November 2022 den Aufstellungsbeschluss für einen Sachlichen Teilregionalplan Windenergienutzung 2027 gefasst. Der Aufstellungsbeschluss wurde im Amtsblatt für Brandenburg Nummer 48 vom 07. Dezember 2022 öffentlich bekannt gemacht. Die Festlegung von Gebieten für die Windenergienutzung wurde vom Entwurf des Regionalplans Havelland-Fläming 3.0 abgetrennt, der ohne diese Festlegungen fortgeführt wird. Mit dem Aufstellungsbeschluss zum Sachlichen Teilregionalplan Windenergienutzung 2027 begann ein eigenständiges Verfahren.

Mit dem Sachlichen Teilregionalplan Windenergienutzung 2027 wird auf Beschluss der Regionalversammlung Nummer 08/04/02 vom 17. November 2022 das Ziel verfolgt, Gebiete für die Windenergienutzung in der Weise festzulegen, dass festgestellt werden kann, dass der Plan mit dem für die Region Havelland-Fläming zum Stichtag 31.12.2027 nach Artikel 1 des Gesetzes zur Umsetzung des Windenergieflächenbedarfsgesetzes (Brandenburgisches Flächenzielgesetz – BbgFzG) maßgeblichen regionalen Teilflächenziel in Einklang steht.

Die in ihren Belangen berührten öffentlichen Stellen wurden mit Schreiben vom 29.11.2022 von der Aufstellung des Sachlichen Teilregionalplans Windenergienutzung 2027 unterrichtet und mit Frist bis zum 31.01.2023 aufgefordert, Aufschluss über diejenigen von ihnen beabsichtigten oder bereits eingeleiteten Planungen und Maßnahmen sowie über deren zeitliche Abwicklung zu geben, die für die Aufstellung des Sachlichen Teilregionalplans Windenergienutzung 2027 bedeutsam sein können (§ 9 Absatz 1 Satz 2 ROG).

Von den angeschriebenen 315 Stellen haben 98 von der Möglichkeit Gebrauch gemacht, eine Stellungnahme abzugeben.

Für die nach § 8 Absatz 1 ROG vorzunehmende Umweltprüfung wurde von der beauftragen Bosch & Partner GmbH ein Untersuchungsrahmen erarbeitet. In der Zeit vom 2. Dezember 2022

bis zum 30. Januar 2023 war insgesamt 218 öffentlichen Stellen, deren umwelt- und gesundheitsbezogener Aufgabenbereich von den Umweltauswirkungen des Sachlichen Teilregionalplans Windenergienutzung berührt werden kann, Gelegenheit gegeben, zum Untersuchungsrahmen einschließlich des erforderlichen Umfangs und Detaillierungsgrads des Umweltberichts, Stellungnahmen abzugeben. (§ 2a Absatz 1 RegBkPIG i. V. m. § 8 Absatz 1 ROG)

Von den angeschriebenen 217 Stellen haben 52 von der Möglichkeit Gebrauch gemacht, eine Stellungnahme abzugeben.

Unter Berücksichtigung der Ergebnisse der Auswertung der eingegangenen Stellungnahmen wurden der Entwurf des Sachlichen Teilregionalplans Windenergienutzung 2027 und ein Umweltbericht erarbeitet. Der Umweltbericht beinhaltet im Anhang B Vorprüfungen in Bezug auf die Verträglichkeit der Festlegungen mit betroffenen Natura-2000-Gebieten. (Natura-2000-Vorprüfungen)

Mit Beschluss Nr. 09/05/01 vom 15. Juni 2023 wurde der Entwurf des Sachlichen Teilregionalplans Windenergienutzung 2027 von der Regionalversammlung gebilligt. Der Umweltbericht wurde von der Regionalversammlung zur Kenntnis genommen. Mit Beschluss Nr. 09/05/02 vom 15. Juni 2023 beschloss die Regionalversammlung, für den Entwurf des Sachlichen Teilregionalplans Windenergienutzung 2027 vom 15. Juni 2023, seine Begründung, den Umweltbericht sowie ergänzende Unterlagen das Beteiligungsverfahren und die öffentliche Auslegung nach § 9 Absatz 2 ROG in Verbindung mit § 2 Absatz 3 RegBkPIG durchzuführen.

Der Entwurf des Sachlichen Teilregionalplans Windenergienutzung 2027 wurde mit seiner Begründung, dem Umweltbericht sowie ergänzenden Unterlagen vom 10. August 2023 bis einschließlich 10. Oktober 2023 bei der Regionalen Planungsgemeinschaft sowie den Landkreisen und den kreisfreien Städten der Region für jedermann zur kostenlosen Einsicht ausgelegt. Vom 10. August 2023 bis einschließlich 10. Oktober 2023 war der Öffentlichkeit sowie den nach § 2 Absatz 3 RegBkPIG in ihren Belangen berührten öffentlichen Stellen Gelegenheit gegeben, zum Entwurf des Sachlichen Teilregionalplans Windenergienutzung 2027, zu seiner Begründung, dem Umweltbericht sowie den ergänzenden Unterlagen Stellungnahmen abzugeben. Die öffentliche Bekanntmachung über die Durchführung der öffentlichen Auslegung des Entwurfs des Sachlichen Teilregionalplans Windenergienutzung 2027 der Region Havelland-Fläming erfolgte im Amtsblatt für Brandenburg Nummer 30 vom 2. August 2023. Der Planentwurf mit seiner Begründung und der Umweltbericht sowie die ergänzenden Unterlagen konnten zudem im Internet auf der Webseite <https://havelland-flaeming.de/regionalplan/entwurf-sachlicher-teilregionalplan-wind/> eingesehen werden. Auf diesen Sachverhalt wurde in der öffentlichen Bekanntmachung vom 2. August 2023 hingewiesen. Die öffentliche Bekanntmachung ist diesem Bericht als Anlage beigelegt.

Insgesamt wurden 314 Stellen, die in ihren Belangen berührt sind, aufgefordert, eine Stellungnahme abzugeben. Von diesen Stellen haben 133 von der Möglichkeit, eine Stellungnahme abzugeben, Gebrauch gemacht haben. Bei der Regionalen Planungsstelle sind insgesamt 421 Stellungnahmen eingegangen, denen 1608 Hinweise, Anregungen und Bedenken entnommen werden konnten. In den Auslegungsstellen wurden keine Stellungnahmen abgegeben.

Im Ergebnis der Auswertung der eingegangenen Stellungnahmen konnte festgestellt werden, dass es nicht erforderlich ist, Änderungen an den Festlegungen des Entwurfs des Sachlichen Teilregionalplans vorzunehmen.

Durch den Sachlichen Teilregionalplan Windenergienutzung 2027 werden Vorranggebiete in einem Umfang von 12.596 Hektar für die Windenergie an Land gemäß § 4 Absatz 1 Satz 1 in Verbindung mit § 3 Absatz 1 WindBG ausgewiesen und als Windenergiegebiet gemäß § 2 Nummer 1a WindBG festgelegt.

Zusammenfassende Übersicht über den zeitlichen Ablauf des Aufstellungsverfahrens:

17.11.2022	Aufstellungsbeschluss für den Sachlichen Teilregionalplan Windenergienutzung 2027
07.12.2022	Öffentliche Bekanntmachung des Aufstellungsschlusses
29.11.2022 bis 31.01.2023	Unterrichtung und Beteiligung nach § 9 Absatz 1 ROG
02.12.2022 bis 30.01.2023	Gelegenheit zum Untersuchungsrahmen einschließlich des erforderlichen Umfangs und Detaillierungsgrads des Umweltberichts, Stellungnahme abzugeben (§ 2a Absatz 1 RegBkPIG i. V. m. § 8 Absatz 1 ROG)
15.06.2023	<ul style="list-style-type: none"> – Beschluss über die Billigung des Entwurfs des Sachlichen Teilregionalplans Windenergienutzung 2027 und Kenntnisnahme des Umweltberichts – Beschluss über die Durchführung des öffentlichen Auslegungs- und Beteiligungsverfahrens (§ 9 Absatz 2 ROG i. V. m. § 2 Absatz 3 RegBkPIG)
02.08.2023	Öffentliche Bekanntmachung über die Durchführung des öffentlichen Auslegungs- und Beteiligungsverfahrens
10.08.2023 bis 10.10.2023	Durchführung des öffentlichen Auslegungs- und Beteiligungsverfahrens (§ 9 Absatz 2 ROG i. V. m. § 2 Absatz 3 RegBkPIG)

I.2 Nachweise über die Erfüllung der Unterrichtungs- und Informationspflichten nach § 9 Absatz 1 ROG und die Beteiligung der in ihren Belangen berührten öffentlichen Stellen sowie der Öffentlichkeit nach § 9 Absatz 2 ROG i. V. m. § 2 Abs. 3 RegBkPIG

I.2.1 Verfahren nach § 9 Absatz 1 ROG

Mit Schreiben vom 29.11.2023 (Postausgang 8./9.12.2023) wurden die nachfolgend aufgeführten öffentlichen Stellen über den Aufstellungsbeschluss informiert und ihnen Gelegenheit gegeben, Aufschluss über diejenigen von ihnen beabsichtigten oder bereits eingeleiteten Planungen und Maßnahmen sowie über deren zeitliche Abwicklung zu geben, die für die Aufstellung des Sachlichen Teilregionalplans Windenergienutzung 2027 bedeutsam sein können:

TÖB-ID	Stelle	Posteingang¹
1	Regionale Planungsgemeinschaft Lausitz-Spreewald	26.01.2023
2	Regionale Planungsgemeinschaft Prignitz-Oberhavel	08.02.2023
3	Landkreis Havelland	01.02.2023
4	Landkreis Potsdam-Mittelmark	02.02.2023
5	Landkreis Teltow-Fläming	07.02.2023
6	Stadt Brandenburg an der Havel	02.02.2023
7	Landeshauptstadt Potsdam	
8	Bezirksamt Spandau	
9	Bezirksamt Steglitz-Zehlendorf	31.01.2023
10	Bezirksamt Tempelhof-Schöneberg	
11	Amt Beetzsee	02.02.2023

¹ Datum des Eingangs der Stellungnahme der benannten Stelle bei der Regionalen Planungsgemeinschaft. Kein Eintrag bedeutet, dass die betreffende Stelle keine Stellungnahme abgegeben hat.

TÖB-ID	Stelle	Posteingang¹
12	Amt Brück	01.02.2023
13	Amt Dahme/Mark	
14	Amt Friesack	
15	Amt Nennhausen	02.02.2023
16	Amt Niemegk	
17	Amt Rhinow	
18	Amt Wusterwitz	
19	Amt Ziesar	
20	Gemeinde Am Mellensee	
21	Stadt Baruth/Mark	02.02.2023
22	Stadt Beelitz	20.01.2023
23	Gemeinde Beetzsee	
24	Gemeinde Beetzseeheide	
25	Stadt Bad Belzig	26.01.2023
26	Gemeinde Bensdorf	
27	Gemeinde Blankenfelde-Mahlow	
28	Gemeinde Borkheide	
29	Gemeinde Borkwalde	
30	Gemeinde Brieselang	
31	Stadt Brück	
32	Gemeinde Buckautal	
33	Stadt Dahme/Mark	
34	Gemeinde Dahmetal	
35	Gemeinde Dallgow-Döberitz	
36	Stadt Falkensee	20.01.2023
37	Stadt Friesack	
38	Gemeinde Gollenberg	
39	Gemeinde Golzow	
40	Gemeinde Görzke	
41	Gemeinde Gräben	
42	Gemeinde Groß Kreutz (Havel)	04.01.2023
43	Gemeinde Großbeeren	07.02.2023
44	Gemeinde Großderschau	
45	Gemeinde Havelaue	
46	Stadt Havelsee	
47	Gemeinde Ihlow	
48	Stadt Jüterbog	01.02.2023
49	Stadt Ketzin/Havel	
50	Gemeinde Kleinmachnow	
51	Gemeinde Kleßen-Görne	
52	Gemeinde Kloster Lehnin	10.01.2023

TÖB-ID	Stelle	Posteingang¹
53	Gemeinde Kotzen	
54	Gemeinde Linthe	
55	Stadt Luckenwalde	27.01.2023
56	Stadt Ludwigsfelde	03.02.2023
57	Gemeinde Märkisch Luch	
58	Gemeinde Michendorf	
59	Gemeinde Milower Land	27.01.2023
60	Gemeinde Mühlenberge	
61	Gemeinde Mühlenfließ	
62	Stadt Nauen	01.02.2023
63	Gemeinde Nennhausen	
64	Gemeinde Niederer Fläming	
65	Gemeinde Niedergörsdorf	27.01.2023
66	Stadt Niemegk	
67	Gemeinde Nuthetal	23.01.2023
68	Gemeinde Nuthe-Urstromtal	02.02.2023
69	Gemeinde Paulinenaue	
70	Gemeinde Päwesin	
71	Gemeinde Pessin	
72	Gemeinde Planebruch	
73	Gemeinde Planetal	
74	Stadt Premnitz	12.01.2023
75	Gemeinde Rabenstein/Fläming	
76	Gemeinde Rangsdorf	
77	Stadt Rathenow	16.01.2023
78	Gemeinde Retzow	
79	Stadt Rhinow	
80	Gemeinde Rosenau	
81	Gemeinde Roskow	
82	Gemeinde Schönwalde-Glien	30.01.2023
83	Gemeinde Schwielowsee	
84	Gemeinde Seddiner See	
85	Gemeinde Seeblick	
86	Gemeinde Stahnsdorf	
87	Gemeinde Stechow-Ferchesar	
88	Stadt Teltow	
89	Stadt Trebbin	
90	Stadt Treuenbrietzen	
91	Gemeinde Wenzlow	
92	Stadt Werder (Havel)	24.01.2023
93	Gemeinde Wiesenaue	

TÖB-ID	Stelle	Posteingang¹
94	Gemeinde Wiesenburg/Mark	
95	Gemeinde Wollin	
96	Gemeinde Wustermark	
97	Gemeinde Wusterwitz	
98	Stadt Ziesar	
99	Stadt Zossen	17.02.2023
100	Landkreis Dahme-Spreewald	27.01.2023
101	Landkreis Elbe-Elster	25.01.2023
102	Landkreis Oberhavel	
103	Landkreis Ostprignitz-Ruppin	31.01.2023
104	Stadt Hennigsdorf	06.01.2023
105	Stadt Kremmen	10.01.2023
106	Gemeinde Oberkrämer	20.12.2022
107	Gemeinde Fehrbellin	
108	Gemeinde Wusterhausen/Dosse	
109	Amt Neustadt (Dosse)	
110	Gemeinde Breddin	
111	Gemeinde Dreetz	
112	Stadt Neustadt (Dosse)	
113	Gemeinde Sieversdorf-Hohenofen	
114	Gemeinde Schönefeld	
115	Stadt Mittenwalde	26.01.2023
116	Amt Schenkenländchen	
117	Gemeinde Halbe	
118	Stadt Teupitz	
119	Amt Unterspreewald	
120	Gemeinde Rietzneuendorf-Staakow	
122	Gemeinde Drahnsdorf	
123	Stadt Golßen	
124	Gemeinde Steinreich	
125	Stadt Luckau	25.01.2023
126	Gemeinde Heideblick	10.01.2023
127	Amt Schlieben	26.01.2023
128	Gemeinde Hohenbucko	
129	Gemeinde Lebusa	
130	Stadt Schönewalde	02.02.2023
133	Bundesamt für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe	01.02.2023
134	Bundesamt für Naturschutz	
135	Bundeseisenbahnvermögen Dienststelle Nord	
137	Bundesministerium für Digitales und Verkehr	

TÖB-ID	Stelle	Posteingang¹
138	Bundesnetzagentur für Elektrizität, Gas, Telekommunikation, Post und Eisenbahnen	
140	Deutsche Bahn AG	
142	Landeseisenbahnaufsicht Brandenburg	26.01.2023
143	DB Station & Service AG	
145	Deutscher Wetterdienst, Niederlassung Potsdam	16.01.2023
149	Generalzolldirektion	
151	Umweltbundesamt	
152	Wasser- und Schifffahrtsdirektion Ost	
153	Bundesamt für Infrastruktur, Umweltschutz und Dienstleistungen der Bundeswehr	01.02.2023
154	Staatskanzlei des Landes Brandenburg	
156	Ministerium des Innern und für Kommunales Brandenburg	
159	Polizeipräsidium Direktion West	
161	Landesvermessung und Geobasisinformation Brandenburg	
162	Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Energie des Landes Brandenburg	
164	Landesamt für Bergbau, Geologie und Rohstoffe Brandenburg	
165	Landesamt für Mess- und Eichwesen Berlin-Brandenburg	
166	Ministerium für Infrastruktur und Landesplanung des Landes Brandenburg	26.01.2023
167	Landesamt für Ländliche Entwicklung, Landwirtschaft und Flurneuordnung	20.01.2023
169	Landesamt für Bauen und Verkehr	09.01.2023
170	Gemeinsame Landesplanungsabteilung Berlin-Brandenburg	
171	Gemeinsame Obere Luftfahrtbehörde Berlin-Brandenburg	13.02.2023
172	Landesbetrieb Forst Brandenburg	31.01.2023
179	Ministerium der Finanzen und für Europa des Landes Brandenburg	23.01.2023
182	Ministerium für Landwirtschaft, Umwelt und Klimaschutz des Landes Brandenburg	
183	Landesamt für Umwelt	
188	Ministerium für Soziales, Gesundheit, Integration und Verbraucherschutz	01.02.2023
189	Landesamt für Arbeitsschutz, Verbraucherschutz und Gesundheit	
190	Landesamt für Soziales und Versorgung	
191	Ministerium für Bildung, Jugend und Sport des Landes Brandenburg	
192	Staatliches Schulamt Neuruppin	
193	Staatliches Schulamt Brandenburg an der Havel	
199	Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kultur	
200	Landesamt für Denkmalpflege und Archäologisches Landesmuseum	16.01.2023
210	Abwasserentsorgungsverband Niemegk	
211	Wasser- u. Abwasserzweckverband Emster	26.01.2023
212	Abwasserzweckverband Planetal	
213	Wasser- und Abwasserzweckverband "Hoher Fläming"	
214	Berliner Wasserbetriebe	25.01.2023
217	E.ON e.dis AG	

TÖB-ID	Stelle	Posteingang¹
218	EMB Energie Mark Brandenburg GmbH	
220	Mitteldeutsche Netzgesellschaft Strom mbH	01.02.2023
222	EWE NETZ GmbH	15.12.2022
224	Gewässerunterhaltungsverband "Oberer Rhin/Temnitz"	
225	Wasser- und Bodenverband "Nuthe-Nieplitz"	
226	Gewässerunterhaltungsverband "Obere Dahme/Berste"	
227	Nuthe Wasser u. Abwasser GmbH	
229	SBB Sonderabfallgesellschaft Brandenburg/Berlin mbH	
230	Wasser- und Abwasserzweckverband Region Ludwigsfelde (WARL)	
231	Märkischer Abwasser- und Wasserzweckverband	06.02.2023
232	Südbrandenburgischer Abfallzweckverband (SBAZV)	
234	Osthavelländische Trinkwasserversorgung und Abwasserbehandlung GmbH	25.01.2023
235	TAZV Trink- und Abwasserzweckverband "Freies Havelbruch"	
236	Trink- und Abwasserzweckverband "Gliemitz"	
237	Trink- und Abwasserzweckverband Luckau	
238	Wasser- und Abwasserzweckverband "Nieplitztal"	
239	Wasser- und Abwasserzweckverband "Nieplitz"	05.01.2023
244	Wasser- u. Abwasserzweckverband Blankenfelde-Mahlow	
245	Wasser- und Abwasserverband "Havelland"	10.01.2023
246	Wasser- und Abwasserverband Rathenow	27.01.2023
247	Wasser- und Abwasserzweckverband "Beetzseegemeinden"	15.12.2022
248	Wasser- und Abwasserzweckverband Hohenseefeld	
250	Wasser- und Abwasserzweckverband Werder-Havelland	09.01.2023
251	Wasser- und Abwasserzweckverband Ziesar	
252	Wasser- und Bodenverband "Großer Havelhauptkanal-Havelkanal-Havelseen"	22.12.2022
253	Wasser- und Bodenverband "Untere Havel - Brandenburger Havel"	
254	Wasser- und Bodenverband Dosse-Jäglitz	
256	Wasser- und Bodenverband Plane-Buckau	
257	Eigenbetrieb für Wasserver- und Abwasserentsorgung Baruther Urstromtal (WABAU)	
259	Zweckverband KMS	
260	50Hertz Transmission GmbH	30.01.2023
261	Ostdeutsche Eisenbahn GmbH (ODEG)	
262	NETINERA Deutschland GmbH	
263	S-Bahn Berlin GmbH	
264	VBB Verkehrsverbund Berlin-Brandenburg GmbH	
265	Havelländische Eisenbahn AG	
266	Handwerkskammer Potsdam	
267	Industrie- und Handelskammer Potsdam	31.01.2023
271	Bundesverband der Energie- und Wasserwirtschaft e.V. Berlin-Brandenburg	

TÖB-ID	Stelle	Posteingang¹
272	Bundesverband WindEnergie e.V.	31.01.2023
277	Landesbauernverband Brandenburg e.V.	
278	Landesfeuerwehrverband Brandenburg e.V.	
281	Landkreistag Brandenburg	16.12.2022
282	Städte- und Gemeindebund Brandenburg e.V.	
283	Unternehmerverband Mineralische Baustoffe e.V. (UVMB)	
284	Vereinigung der Unternehmensverbände in Berlin und Brandenburg e.V.	
285	Waldbesitzerverband Brandenburg e.V.	
287	Landesbüro anerkannter Naturschutzverbände GbR "Haus der Natur"	02.02.2023
288	Die NaturFreunde Landesverband Brandenburg e.V.	
289	Grüne Liga Landesverband Brandenburg e.V.	
290	NABU Brandenburg	
298	Schutzgemeinschaft Deutscher Wald e. V. Landesverband Brandenburg	
313	Brandenburgische Boden GmbH	
322	Bundesverband Erneuerbare Energie e.V. (BEE)	
324	Regionale Planungsgemeinschaft Altmark	20.01.2023
325	Regionale Planungsgemeinschaft Anhalt-Bitterfeld-Wittenberg	20.01.2023
326	Regionale Planungsgemeinschaft Magdeburg	10.02.2023
327	Landkreis Jerichower Land	01.02.2023
328	Landkreis Stendal	14.02.2023
329	Landkreis Anhalt-Bitterfeld	
330	Landkreis Wittenberg	26.01.2023
331	Stadt Coswig (Anhalt)	22.12.2022
332	Stadt Genthin	
333	Hansestadt Havelberg	
334	Stadt Jerichow	
335	Stadt Jessen (Elster)	
336	Lutherstadt Wittenberg	01.02.2023
337	Stadt Zahna-Elster	
338	Stadt Zerbst/Anhalt	
339	Verbandsgemeinde Elbe-Havel-Land	01.02.2023
345	Stadt Möckern	
350	Deutscher Gewerkschaftsbund	
356	Landschaftspflegeverein Mittelbrandenburg e.V.	
394	Landestourismusverband Brandenburg e.V.	
395	Landesfischereiverband Brandenburg/Berlin e.V.	
396	Waldbauernverband Brandenburg e.V.	
397	Verband für Landentwicklung und Flurneuordnung (VLF)	
398	Ministerium der Justiz des Landes Brandenburg	
399	Amt Temnitz	
401	Wasser- und Bodenverband Dahme-Notte	

TÖB-ID	Stelle	Posteingang¹
402	Wasser- und Bodenverband Rhin-/Havelluch	27.01.2023
404	Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz	
405	Auswärtiges Amt	
406	Bundesministerium des Innern und für Heimat	
407	Bundesministerium der Justiz	
408	Bundesministerium der Finanzen	
409	Bundesministerium für Arbeit und Soziales	
410	Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft	
411	Bundesministerium der Verteidigung	
412	Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend	
413	Bundesministerium für Gesundheit	
414	Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, nukleare Sicherheit und Verbraucherschutz	
415	Bundesministerium für Bildung und Forschung	
416	Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung	20.12.2022
417	Senatsverwaltung für Stadtentwicklung, Bauen und Wohnen	31.01.2023
418	Deutscher Bahnkunden-Verband e.V.	
419	Eisenbahn-Bundesamt	
421	DB Netz AG	
434	NBB Netzgesellschaft Berlin-Brandenburg mbH & Co. KG	
479	Verkehrsbetriebe Brandenburg an der Havel	
480	Deutsche Telekom Technik GmbH	25.01.2023
481	Ericsson Services GmbH	
483	MEAB Märkische Entsorgungsanlagen Betriebsgesellschaft mbH	25.01.2023
485	Zentraldienst der Polizei des Landes Brandenburg	
490	Gascade Gastransport GmbH	03.01.2023
760	Horstfelder Sand und Kies GmbH & Co. KG	01.02.2023
947	Wasser- und Schifffahrtsamt	19.01.2023
1678	Landschafts-Förderverein Nuthe-Nieplitz-Niederung e.V.	
2000	Tourismusverband Havelland e.V.	29.12.2022
2001	Tourismusverband Fläming e.V.	
2009	Bundesanstalt für Immobilienaufgaben	01.02.2023
2038	Museumsverband des Landes Brandenburg e. V.	
2041	DFMG Deutsche Funkturm GmbH	16.02.2023
2042	Landeskommando Brandenburg	
2057	Bundesagentur für Arbeit Potsdam	
2059	Bundesaufsichtsamt für Flugsicherung (BAF)	31.01.2023
2060	Bundesministerium für Wohnen, Stadtentwicklung und Bauwesen	
2061	Die Autobahn GmbH des Bundes, NL Nordost	
2062	Fernstraßen-Bundesamt (FBA)	10.02.2023
2063	BUND Landesverband Brandenburg e.V.	

TÖB-ID	Stelle	Posteingang¹
2064	Bürgerinitiative Gesund Leben am Stienitzsee e.V.	
2065	Freier Wald e.V.	25.01.2023
2066	Landesjagdverband Brandenburg e.V.	
2067	Umweltverband Birkenwerder - Hohen Neuendorf e.V.	
2068	Waldkleeblatt – Natürlich Zauche e.V.	
2069	APM Abfallwirtschaft Potsdam-Mittelmark GmbH	
2070	Stadtwerke Potsdam GmbH	
2071	Remondis Brandenburg GmbH Niederlassung Brandenburg	
2072	Bundespolizeidirektion Berlin	
2073	Stiftung Preußische Schlösser und Gärten Berlin-Brandenburg	09.01.2023
2074	Landesdenkmalamt Berlin	
2075	Brandenburgischer Landesbetrieb für Liegenschaften und Bauen	
2076	Polizeipräsidium	
2077	Generaldirektion Wasserstraßen und Schifffahrt	
2078	Wasserstraßen- und Schifffahrtsamt Spree-Havel	
2079	Flughafen Berlin Brandenburg GmbH	27.01.2023
2080	Landesbetrieb Straßenwesen Brandenburg	31.01.2023
2081	Hauptzollamt Potsdam	
2082	Flugplatzgesellschaft Schönhagen mbH	
2083	Ministerium für Infrastruktur und Digitales des Landes Sachsen-Anhalt	24.01.2023
2084	Waldsiedlung Wildpark-West e.V. Gemeinnützig anerkannte Körperschaft	
2085	Agentur für Arbeit Nauen	13.01.2023
2086	Die Autobahn GmbH des Bundes	

I.2.2 Verfahren nach § 9 Absatz 2 ROG

Mit Schreiben vom 12.07.2023 (Postausgang 24.07.2023) war den nachfolgend aufgeführten öffentlichen Stellen Gelegenheit gegeben, zum Entwurf des Sachlichen Teilregionalplans Windenergienutzung 2027, zu seiner Begründung, dem Umweltbericht sowie den ergänzenden Unterlagen Stellungnahmen abzugeben:

TÖB-ID	Stelle	Posteingang²
1	Regionale Planungsgemeinschaft Lausitz-Spreewald	29.09.2023
2	Regionale Planungsgemeinschaft Prignitz-Oberhavel	09.10.2023
3	Landkreis Havelland	09.10.2023
4	Landkreis Potsdam-Mittelmark	13.10.2023
5	Landkreis Teltow-Fläming	10.10.2023
6	Stadt Brandenburg an der Havel	09.10.2023
7	Landeshauptstadt Potsdam	26.09.2023
8	Bezirksamt Spandau	
9	Bezirksamt Steglitz-Zehlendorf	28.09.2023
10	Bezirksamt Tempelhof-Schöneberg	18.09.2023
11	Amt Beetzsee	09.10.2023

² Datum des Eingangs der Stellungnahme der benannten Stelle bei der Regionalen Planungsgemeinschaft. Kein Eintrag bedeutet, dass die betreffende Stelle keine Stellungnahme abgegeben hat.

TÖB-ID	Stelle	Posteingang²
12	Amt Brück	25.10.2023
13	Amt Dahme/Mark	
14	Amt Friesack	
15	Amt Nennhausen	
16	Amt Niemege	
17	Amt Rhinow	
18	Amt Wusterwitz	
19	Amt Ziesar	
20	Gemeinde Am Mellensee	
21	Stadt Baruth/Mark	27.09.2023
22	Stadt Beelitz	29.09.2023
23	Gemeinde Beetzsee	
24	Gemeinde Beetzseeheide	
25	Stadt Bad Belzig	10.10.2023
26	Gemeinde Bensdorf	
27	Gemeinde Blankenfelde-Mahlow	15.09.2023
28	Gemeinde Borkheide	
29	Gemeinde Borkwalde	
30	Gemeinde Brieselang	21.11.2023
31	Stadt Brück	
32	Gemeinde Buckautal	
33	Stadt Dahme/Mark	10.10.2023
34	Gemeinde Dahmetal	10.10.2023
35	Gemeinde Dallgow-Döberitz	27.09.2023
36	Stadt Falkensee	15.09.2023
37	Stadt Friesack	
38	Gemeinde Gollenberg	
39	Gemeinde Golzow	
40	Gemeinde Görzke	
41	Gemeinde Gräben	
42	Gemeinde Groß Kreutz (Havel)	06.10.2023
43	Gemeinde Großbeeren	01.09.2023
44	Gemeinde Großderschau	
45	Gemeinde Havelaue	
46	Stadt Havelsee	
47	Gemeinde Ihlow	10.10.2023
48	Stadt Jüterbog	09.10.2023
49	Stadt Ketzin/Havel	
50	Gemeinde Kleinmachnow	01.09.2023
51	Gemeinde Kleßen-Görne	
52	Gemeinde Kloster Lehnin	20.09.2023
53	Gemeinde Kotzen	
54	Gemeinde Linthe	
55	Stadt Luckenwalde	10.10.2023
56	Stadt Ludwigsfelde	02.10.2023

TÖB-ID	Stelle	Posteingang²
57	Gemeinde Märkisch Luch	
58	Gemeinde Michendorf	10.10.2023
59	Gemeinde Milower Land	09.10.2023
60	Gemeinde Mühlenberge	
61	Gemeinde Mühlenfließ	
62	Stadt Nauen	13.10.2023
63	Gemeinde Nennhausen	
64	Gemeinde Niederer Fläming	10.10.2023
65	Gemeinde Niedergörsdorf	29.09.2023
66	Stadt Niemegk	
67	Gemeinde Nuthetal	
68	Gemeinde Nuthe-Urstromtal	10.10.2023
69	Gemeinde Paulinenaue	
70	Gemeinde Päwesin	
71	Gemeinde Pessin	
72	Gemeinde Planebruch	
73	Gemeinde Planetal	
74	Stadt Premnitz	
75	Gemeinde Rabenstein/Fläming	
76	Gemeinde Rangsdorf	
77	Stadt Rathenow	
78	Gemeinde Retzow	
79	Stadt Rhinow	
80	Gemeinde Rosenau	
81	Gemeinde Roskow	
82	Gemeinde Schönwalde-Glien	
83	Gemeinde Schwielowsee	13.10.2023
84	Gemeinde Seddiner See	
85	Gemeinde Seeblick	
86	Gemeinde Stahnsdorf	
87	Gemeinde Stechow-Ferchesar	
88	Stadt Teltow	14.08.2023
89	Stadt Trebbin	06.10.2023
90	Stadt Treuenbrietzen	10.10.2023
91	Gemeinde Wenzlow	
92	Stadt Werder (Havel)	30.10.2023
93	Gemeinde Wiesenaue	
94	Gemeinde Wiesenburg/Mark	06.10.2023
95	Gemeinde Wollin	
96	Gemeinde Wustermark	10.10.2023
97	Gemeinde Wusterwitz	
98	Stadt Ziesar	
99	Stadt Zossen	12.10.2023
100	Landkreis Dahme-Spreewald	06.10.2023
101	Landkreis Elbe-Elster	15.08.2023

TÖB-ID	Stelle	Posteingang²
102	Landkreis Oberhavel	04.10.2023
103	Landkreis Ostprignitz-Ruppin	10.10.2023
104	Stadt Hennigsdorf	27.09.2023
105	Stadt Kremmen	13.09.2023
106	Gemeinde Oberkrämer	29.08.2023
107	Gemeinde Fehrbellin	02.08.2023
108	Gemeinde Wusterhausen/Dosse	
109	Amt Neustadt (Dosse)	
110	Gemeinde Breddin	
111	Gemeinde Dreetz	
112	Stadt Neustadt (Dosse)	
113	Gemeinde Sieversdorf-Hohenofen	
114	Gemeinde Schönefeld	
115	Stadt Mittenwalde	10.10.2023
116	Amt Schenkenländchen	
117	Gemeinde Halbe	
118	Stadt Teupitz	
119	Amt Unterspreewald	
120	Gemeinde Rietzneuendorf-Staakow	11.10.2023
122	Gemeinde Drahnsdorf	11.10.2023
123	Stadt Golßen	11.10.2023
124	Gemeinde Steinreich	11.10.2023
125	Stadt Luckau	11.08.2023
126	Gemeinde Heideblick	04.09.2023
127	Amt Schlieben	02.11.2023
128	Gemeinde Hohenbucko	
129	Gemeinde Lebusa	
130	Stadt Schönewalde	06.10.2023
133	Bundesamt für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe (BBK)	06.10.2023
134	Bundesamt für Naturschutz	
135	Bundeseisenbahnvermögen Dienststelle Nord	04.08.2023
137	Bundesministerium für Digitales und Verkehr	
138	Bundesnetzagentur für Elektrizität, Gas, Telekommunikation, Post und Eisenbahnen	01.08.2023 04.09.2023 06.10.2023
140	Deutsche Bahn AG	25.09.2023
142	Landeseisenbahnaufsicht Brandenburg	23.10.2023
143	DB Station & Service AG	
145	Deutscher Wetterdienst, Niederlassung Potsdam	04.10.2023
149	Generalzolldirektion	
151	Umweltbundesamt	
152	Wasser- und Schifffahrtsdirektion Ost	
153	Bundesamt für Infrastruktur, Umweltschutz und Dienstleistungen der Bundeswehr	18.10.2023
154	Staatskanzlei des Landes Brandenburg	
156	Ministerium des Innern und für Kommunales Brandenburg	
159	Polizeipräsidium Direktion West	

TÖB-ID	Stelle	Posteingang²
161	Landesvermessung und Geobasisinformation Brandenburg	
162	Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Energie des Landes Brandenburg	19.09.2023
164	Landesamt für Bergbau, Geologie und Rohstoffe Brandenburg	27.10.2023
165	Landesamt für Mess- und Eichwesen Berlin-Brandenburg	
166	Ministerium für Infrastruktur und Landesplanung des Landes Brandenburg	
167	Landesamt für Ländliche Entwicklung, Landwirtschaft und Flurneuordnung	10.10.2023
169	Landesamt für Bauen und Verkehr	11.09.2023
170	Gemeinsame Landesplanungsabteilung Berlin-Brandenburg	04.10.2023
171	Gemeinsame Obere Luftfahrtbehörde Berlin-Brandenburg	10.10.2023
172	Landesbetrieb Forst Brandenburg	29.09.2023
179	Ministerium der Finanzen und für Europa des Landes Brandenburg	
182	Ministerium für Landwirtschaft, Umwelt und Klimaschutz des Landes Brandenburg	06.10.2023
183	Landesamt für Umwelt	13.10.2023 18.10.2023
188	Ministerium für Soziales, Gesundheit, Integration und Verbraucherschutz	
189	Landesamt für Arbeitsschutz, Verbraucherschutz und Gesundheit	10.10.2023
190	Landesamt für Soziales und Versorgung	05.10.2023
191	Ministerium für Bildung, Jugend und Sport des Landes Brandenburg	
192	Staatliches Schulamt Neuruppin	
193	Staatliches Schulamt Brandenburg an der Havel	
199	Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kultur	
200	Landesamt für Denkmalpflege und Archäologisches Landesmuseum	07.09.2023 13.10.2023
210	Abwasserentsorgungsverband Niemegk	
211	Wasser- u. Abwasserzweckverband Emster	24.08.2023
212	Abwasserzweckverband Planetal	
213	Wasser- und Abwasserzweckverband "Hoher Fläming"	
214	Berliner Wasserbetriebe	08.09.2023
217	E.ON e.dis AG	
218	EMB Energie Mark Brandenburg GmbH	
220	Mitteldeutsche Netzgesellschaft Strom mbH	09.10.2023
222	EWE NETZ GmbH	01.08.2023
224	Gewässerunterhaltungsverband "Oberer Rhin/Temnitz"	
225	Wasser- und Bodenverband "Nuthe-Nieplitz"	13.09.2023
226	Gewässerunterhaltungsverband "Obere Dahme/Berste"	
227	Nuthe Wasser u. Abwasser GmbH	
229	SBB Sonderabfallgesellschaft Brandenburg/Berlin mbH	25.07.2023
230	Wasser- und Abwasserzweckverband Region Ludwigsfelde (WARL)	
231	Märkischer Abwasser- und Wasserzweckverband	
232	Südbrandenburgischer Abfallzweckverband (SBAZV)	26.09.2023
234	Osthavelländische Trinkwasserversorgung und Abwasserbehandlung GmbH	09.08.2023
235	TAZV Trink- und Abwasserzweckverband "Freies Havelbruch"	
236	Trink- und Abwasserzweckverband "Gliemitz"	
237	Trink- und Abwasserzweckverband Luckau	
238	Wasser- und Abwasserzweckverband "Nieplitztal"	

TÖB-ID	Stelle	Posteingang²
239	Wasser- und Abwasserzweckverband "Nieplitz"	04.10.2023
244	Wasser- u. Abwasserzweckverband Blankenfelde-Mahlow	
245	Wasser- und Abwasserverband "Havelland"	09.08.2023
246	Wasser- und Abwasserverband Rathenow	11.08.2023
247	Wasser- und Abwasserzweckverband "Beetzseegemeinden"	
248	Wasser- und Abwasserzweckverband Hohenseefeld	
250	Wasser- und Abwasserzweckverband Werder-Havelland	02.08.2023
251	Wasser- und Abwasserzweckverband Ziesar	
252	Wasser- und Bodenverband "Großer Havelhauptkanal-Havelkanal-Havelseen"	18.09.2023
253	Wasser- und Bodenverband "Untere Havel - Brandenburger Havel"	01.08.2023 09.08.2023
254	Wasser- und Bodenverband Dosse-Jäglitz	25.07.2023
256	Wasser- und Bodenverband Plane-Buckau	
257	Eigenbetrieb für Wasserver- und Abwasserentsorgung Baruther Urstromtal (WABAU)	
259	Zweckverband KMS	
260	50Hertz Transmission GmbH	10.10.2023
261	Ostdeutsche Eisenbahn GmbH (ODEG)	
262	NETINERA Deutschland GmbH	
263	S-Bahn Berlin GmbH	
264	VBB Verkehrsverbund Berlin-Brandenburg GmbH	
265	Havelländische Eisenbahn AG	
266	Handwerkskammer Potsdam	
267	IHK Potsdam	
271	Bundesverband der Energie- und Wasserwirtschaft e.V. Berlin-Brandenburg (BGW)	
272	Bundesverband WindEnergie e.V.	
277	Landesbauernverband Brandenburg e.V.	
278	Landesfeuerwehrverband Brandenburg e.V.	
281	Landkreistag Brandenburg	11.08.2023
282	Städte- und Gemeindebund Brandenburg e.V.	
283	Unternehmerverband Mineralische Baustoffe e.V. (UVMB)	
284	Vereinigung der Unternehmensverbände in Berlin und Brandenburg e.V.	
285	Waldbesitzerverband Brandenburg e.V.	
287	Landesbüro anerkannter Naturschutzverbände GbR "Haus der Natur"	10.10.2023
288	Die NaturFreunde Landesverband Brandenburg e.V.	
289	Grüne Liga Landesverband Brandenburg e.V.	
290	NABU Brandenburg	
298	Schutzgemeinschaft Deutscher Wald e. V. Landesverband Brandenburg	
313	Brandenburgische Boden GmbH	12.10.2023
322	Bundesverband Erneuerbare Energie e.V. (BEE)	
324	Regionale Planungsgemeinschaft Altmark	21.09.2023
325	Regionale Planungsgemeinschaft Anhalt-Bitterfeld-Wittenberg	20.09.2023
326	Regionale Planungsgemeinschaft Magdeburg	12.10.2023
327	Landkreis Jerichower Land	13.10.2023 27.10.2023
328	Landkreis Stendal	06.10.2023

TÖB-ID	Stelle	Posteingang²
329	Landkreis Anhalt-Bitterfeld	10.10.2023
330	Landkreis Wittenberg	05.10.2023
331	Stadt Coswig (Anhalt)	
332	Stadt Genthin	28.09.2023
333	Hansestadt Havelberg	
334	Stadt Jerichow	
335	Stadt Jessen (Elster)	
336	Lutherstadt Wittenberg	12.10.2023
337	Stadt Zahna-Elster	12.10.2023
338	Stadt Zerbst/Anhalt	
339	Verbandsgemeinde Elbe-Havel-Land	
345	Stadt Möckern	
350	Deutscher Gewerkschaftsbund	
356	Landschaftspflegeverein Mittelbrandenburg e.V.	
394	Landestourismusverband Brandenburg e.V.	
395	Landesfischereiverband Brandenburg/Berlin e.V.	
396	Waldbauernverband Brandenburg e.V.	
397	Verband für Landentwicklung und Flurneuordnung (VLF)	
398	Ministerium der Justiz des Landes Brandenburg	31.08.2023
399	Amt Temnitz	
401	Wasser- und Bodenverband Dahme-Notte	
402	Wasser- und Bodenverband Rhin-/Havelluch	10.08.2023
404	Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz	
405	Auswärtiges Amt	
406	Bundesministerium des Innern und für Heimat	
407	Bundesministerium der Justiz	
408	Bundesministerium der Finanzen	
409	Bundesministerium für Arbeit und Soziales	
410	Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft	
411	Bundesministerium der Verteidigung	
412	Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend	
413	Bundesministerium für Gesundheit	
414	Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, nukleare Sicherheit und Verbraucherschutz	
415	Bundesministerium für Bildung und Forschung	
416	Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung	31.08.2023
417	Senatsverwaltung für Stadtentwicklung, Bauen und Wohnen	
418	Deutscher Bahnkunden-Verband e.V.	
419	Eisenbahn-Bundesamt	
421	DB Netz AG	
434	NBB Netzgesellschaft Berlin-Brandenburg mbH & Co. KG	10.08.2023
479	Verkehrsbetriebe Brandenburg an der Havel	
480	Deutsche Telekom Technik GmbH	09.10.2023
481	Ericsson Services GmbH	08.08.2023
483	MEAB Märkische Entsorgungsanlagen Betriebsgesellschaft mbH	10.10.2023
485	Zentraldienst der Polizei des Landes Brandenburg	27.07.2023

TÖB-ID	Stelle	Posteingang²
490	Gascade Gastransport GmbH	16.08.2023
760	Horstfelder Sand und Kies GmbH & Co. KG	10.10.2023
947	Wasser- und Schifffahrtsamt	
1678	Landschafts-Förderverein Nuthe-Nieplitz-Niederung e.V.	
2000	Tourismusverband Havelland e.V.	29.08.2023
2001	Tourismusverband Fläming e.V.	
2009	Bundesanstalt für Immobilienaufgaben	04.10.2023
2038	Museumsverband des Landes Brandenburg e. V.	
2041	DFMG Deutsche Funkturm GmbH	
2042	Landeskommando Brandenburg	
2057	Bundesagentur für Arbeit Potsdam	
2059	Bundesaufsichtsamt für Flugsicherung (BAF)	11.10.2023
2060	Bundesministerium für Wohnen, Stadtentwicklung und Bauwesen	
2061	Die Autobahn GmbH des Bundes, NL Nordost	16.10.2023
2062	Fernstraßen-Bundesamt (FBA)	09.10.2023
2063	BUND Landesverband Brandenburg e.V.	19.01.2024
2064	Bürgerinitiative Gesund Leben am Stienitzsee e.V.	
2065	Freier Wald e.V.	09.10.2023
2066	Landesjagdverband Brandenburg e.V.	
2067	Umweltverband Birkenwerder - Hohen Neuendorf e.V.	
2068	Waldkleeblatt – Natürlich Zauche e.V.	29.09.2023
2069	APM Abfallwirtschaft Potsdam-Mittelmark GmbH	14.09.2023
2070	Stadtwerke Potsdam GmbH	
2071	Remondis Brandenburg GmbH Niederlassung Brandenburg	
2072	Bundespolizeidirektion Berlin	
2073	Stiftung Preußische Schlösser und Gärten Berlin-Brandenburg	16.10.2023
2074	Landesdenkmalamt Berlin	
2075	Brandenburgischer Landesbetrieb für Liegenschaften und Bauen	09.10.2023
2076	Polizeipräsidium	
2077	Generaldirektion Wasserstraßen und Schifffahrt	01.08.2023
2078	Wasserstraßen- und Schifffahrtsamt Spree-Havel	26.09.2023
2079	Flughafen Berlin Brandenburg GmbH	10.10.2023
2080	Landesbetrieb Straßenwesen Brandenburg	07.09.2023
2081	Hauptzollamt Potsdam	
2082	Flugplatzgesellschaft Schönhagen mbH	
2083	Ministerium für Infrastruktur und Digitales des Landes Sachsen-Anhalt	04.09.2023
2084	Waldsiedlung Wildpark-West e.V. Gemeinnützig anerkannte Körperschaft	
2128	Gemeinde Temnitztal	

Aufgrund der Mitteilung der Bundesnetzagentur vom 4. September 2023 wurde mit Schreiben 06.09.2023 zudem den folgenden Stellen, die in ihren Aufgaben durch den Sachlichen Teilregionalplan Windenergienutzung 2027 berührt sein können, Gelegenheit gegeben, zum Entwurf des Sachlichen Teilregionalplans Stellungnahmen abzugeben:

TÖB-ID	Stelle	Posteingang³
2130	Brandenburgischer IT-Dienstleister	
2095	DNS:NET Internet Service GmbH	18.09.2023
2129	E-Plus Service GmbH	
2125	Havelbus Verkehrsgesellschaft mbH	23.10.2023
2127	LAN-COM-East Datennetze & Rechnerkommunikation GmbH	23.10.2023
2091	Telefónica Germany GmbH & Co. OHG	18.09.2023
2126	Vodafone GmbH	06.11.2023

1.2.2.1 Beteiligung des Bundes und der Behörden des Bundes im Lande

Nachfolgend aufgeführte Stellen des Bundes, war mit Anschreiben vom 12.07.2023 (Postausgang 24.07.2023) Gelegenheit gegeben, zum Entwurf des Sachlichen Teilregionalplans Windenergienutzung 2027, zu seiner Begründung, dem Umweltbericht sowie den ergänzenden Unterlagen Stellungnahmen abzugeben:

TÖB-ID	Stelle	Posteingang⁴
405	Auswärtiges Amt	
2057	Bundesagentur für Arbeit Potsdam	
133	Bundesamt für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe	06.10.2023
153	Bundesamt für Infrastruktur, Umweltschutz und Dienstleistungen der Bundeswehr	18.10.2023
134	Bundesamt für Naturschutz	
2009	Bundesanstalt für Immobilienaufgaben	04.10.2023
2059	Bundesaufsichtsamt für Flugsicherung (BAF)	11.10.2023
135	Bundeseisenbahnvermögen Dienststelle Nord	04.08.2023
408	Bundesministerium der Finanzen	
407	Bundesministerium der Justiz	
411	Bundesministerium der Verteidigung	
406	Bundesministerium des Innern und für Heimat	
409	Bundesministerium für Arbeit und Soziales	
415	Bundesministerium für Bildung und Forschung	
137	Bundesministerium für Digitales und Verkehr	
410	Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft	
412	Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend	
413	Bundesministerium für Gesundheit	
414	Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, nukleare Sicherheit und Verbraucherschutz	
404	Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz	
416	Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung	31.08.2023
2060	Bundesministerium für Wohnen, Stadtentwicklung und Bauwesen	

³ Datum des Eingangs der Stellungnahme der benannten Stelle bei der Regionalen Planungsgemeinschaft. Kein Eintrag bedeutet, dass die betreffende Stelle keine Stellungnahme abgegeben hat.

⁴ Datum des Eingangs der Stellungnahme der benannten Stelle bei der Regionalen Planungsgemeinschaft. Kein Eintrag bedeutet, dass die betreffende Stelle keine Stellungnahme abgegeben hat.

TÖB-ID	Stelle	Posteingang⁴
138	Bundesnetzagentur für Elektrizität, Gas, Telekommunikation, Post und Eisenbahnen	01.08.2023 04.09.2023 06.10.2023
2072	Bundespolizeidirektion Berlin	
421	DB Netz AG	
143	DB Station & Service AG	
140	Deutsche Bahn AG	25.09.2023
145	Deutscher Wetterdienst, Niederlassung Potsdam	04.10.2023
2061	Die Autobahn GmbH des Bundes, NL Nordost	16.10.2023
419	Eisenbahn-Bundesamt	
2062	Fernstraßen-Bundesamt (FBA)	09.10.2023
2077	Generaldirektion Wasserstraßen und Schifffahrt	01.08.2023
149	Generalzolldirektion	
2042	Landeskommando Brandenburg	
151	Umweltbundesamt	
947	Wasser- und Schifffahrtsamt	
152	Wasser- und Schifffahrtsdirektion Ost	
2078	Wasserstraßen- und Schifffahrtsamt Spree-Havel	26.09.2023

II. Abwägungsdokumentation

II.1 Einzelabwägungen nach Stellungnehmenden und Sachpunkten (Abwägungstabellen)

Eine tabellarische Zusammenstellung der Hinweise, Anregungen und Bedenken, welche den im öffentlichen Auslegungs- und Beteiligungsverfahren eingegangenen Stellungnahmen entnommen werden konnten, sowie deren Abwägung und Berücksichtigung ist diesem Bericht als Anlage beigefügt.

II.2 Zusammengefasste Darstellung der Abwägungsergebnisse

II.2.1 Allgemeine Hinweise und Anregungen zum Sachlichen Teilregionalplan

Den Stellungnahmen konnten insgesamt 422 allgemeine Hinweise, Anregungen zum Aufstellungsverfahren, der Rechtslage, der fachlichen Zuständigkeit bzw. der individuellen Betroffenheit entnommen werden. Den allgemeinen Hinweisen wurden auch Mitteilungen zugeordnet, die nicht den Regelungsgegenstand des Sachlichen Teilregionalplans betreffen bzw. die keinen konkreten Inhalten der Auslegungsunterlagen zugeordnet werden konnten.

Die Anregung, den Sachlichen Teilregionalplan 2027 dahingehend zu ändern, dass mit ihm bereits das regionale Flächenziel zum Stichtag 31.12.2032 erreicht werden kann, konnte als häufig vorkommende allgemeine Einwendung festgestellt werden. Zur Begründung dieser Anregung wurde insbesondere angeführt:

- Berücksichtigung des Klimaschutzes (Treibhausgasneutralität bis 2045) und des Ausbaus der Nutzung der erneuerbaren Energien (80 Prozent Deckung des Stromverbrauchs aus erneuerbaren Energien bis 2030)

- Berücksichtigung des überragenden öffentlichen Interesses an der Nutzung der erneuerbaren Energien nach § 2 Gesetzes für den Ausbau erneuerbarer Energien (Erneuerbare-Energien-Gesetz - EEG 2023)
- Vermeidung des Aufwands für ein weiteres Aufstellungsverfahren und von methodischen Brüchen

Zudem wird häufiger angeregt, einen „Flächenpuffer“ durch die Festlegung zusätzlicher Vorranggebiete herzustellen.

Zu diesen Einwendungen werden folgende Feststellungen und Bewertungen getroffen:

Die Entscheidung der Regionalen Planungsgemeinschaft, mit der Aufstellung des Sachlichen Teilregionalplans 2027 das regionale Teilflächenziel zum Stichtag 31.12.2027 zu erreichen, ist nach Maßgabe der bundes- und landesgesetzlichen Vorgaben zulässig und stellt keinen Mangel des Planwerks dar. Die im Sachlichen Teilregionalplan Windenergienutzung 2027 festgelegten Vorranggebiete entsprechen den Anforderungen des § 4 WindBG und des § 249 Absatz 6 BauGB.

Mit der Vorgabe der Flächenbeitragswerte im WindBG hat der Bundesgesetzgeber die energiewirtschaftlichen und klimapolitischen Bedarfe, die sich aus den Ausbauzielen und -pfaden des Erneuerbare-Energien-Gesetzes zum Erreichen der Klimaschutzziele ergeben, mit der planerischen Festlegung der dafür erforderlichen Gebiete bereits verknüpft. (siehe auch Rn. 30 der Planbegründung) Die Entscheidung der Regionalen Planungsgemeinschaft, zunächst das gesetzlich vorgegebene regionale Teilflächenziel zum Stichtag 31.12.2027 zu erfüllen, steht daher nicht im Widerspruch zu dem im § 2 EEG festgestellten „überragenden öffentlichen Interesse“ an der Nutzung der erneuerbaren Energien.

Die Festlegung von zusätzlichen Vorranggebieten, die zur Erreichung des für den Stichtag 31.12.2032 maßgeblichen regionalen Teilflächenziels erforderlich sind, erfolgt in einem eigenständigen Verfahren. Mit der zweistufigen Vorgehensweise ist der Vorteil verbunden, dass die spätere Planung an die sich verändernden tatsächlichen und rechtlichen Bedingungen angepasst werden kann.

II.2.2 Kritik am Planungskonzept

Kritik am Planungskonzept insbesondere an der Anwendung einzelner Planungskriterien stellen einen inhaltlichen Schwerpunkt vieler Stellungnahmen dar. Insgesamt konnten 329 Einwendungen ermittelt werden, die sich inhaltlich mit dem Planungskonzept bzw. einzelnen Planungskriterien auseinandersetzen. Das betrifft insbesondere die folgenden Planungskriterien:

II.2.2.1 Mindestabstände zu bewohnten Gebieten (W 01 – Abschnitt IV.2.5.1 der Planbegründung)

Gegen die Anwendung der Kriterien nach Abschnitt IV.2.5.1 des Planungskonzepts wird insbesondere eingewendet:

- Die Anwendung dieser Kriterien sei nicht erforderlich.
- Die festgelegten Abstände seien zu groß, nicht sachgerecht begründet, abwägungsfehlerhaft bzw. willkürlich.
- Die festgelegten Abstände stünden im Widerspruch zu gesetzlichen Vorschriften (insbesondere § 249 Absatz 9 BauGB und § 1 BbgWEAAbG).
- Die festgelegten Abstände stünden im Widerspruch zur Rechtsprechung des OVG Weimar (Urteil vom 09.11.2022 -1 N 548/19).

- Durch die Anwendung der „überhöhten“ Abstände werde Fläche, die für die Errichtung von Windenergieanlagen geeignet ist, willkürlich ausgeschlossen bzw. „verschwendet“.

Zu diesen Einwendungen werden folgende Feststellungen und Bewertungen getroffen:

Die Entscheidung, bestimmte Flächen allgemein für eine Festlegung als Vorranggebiet nicht in Betracht zu ziehen, liegt im Ermessen der Regionalen Planungsgemeinschaft, soweit diese Entscheidung inhaltlich plausibel und begründet ist. Allgemein können alle Bereiche ausgeschlossen werden, die zu unerwünschten Nutzungskonflikten mit technischen, ökologischen oder raumordnungspolitischen Aspekten führen würden. (siehe Rn. 90 der Planbegründung) Das Ermessen wurde vorliegend fehlerfrei ausgeübt. Die Regionale Planungsgemeinschaft hat alle Sachverhalte, die erkennbar und von Bedeutung sind, zutreffend ermittelt und auf dieser Grundlage nachvollziehbare Entscheidungen für die Festlegung von Mindestabständen, die zwischen bewohnten Gebieten und Vorranggebieten für die Windenergienutzung eingehalten bleiben sollen, getroffen. (Abschnitt IV.2.5.1. der Planbegründung) Die Regionale Planungsgemeinschaft hat auch erwogen größere bzw. kleinere Mindestabstände anzuwenden und die jeweiligen Entscheidungen, dies nicht zu tun, nachvollziehbar begründet. (siehe Rn. 112 bis 115) Maßgeblich für diese Entscheidungen sind immissionsschutzrechtliche Sachverhalte, die durch ein Fachgutachten unter Berücksichtigung der aktuellen Rechtslage ermittelt wurden. Durch aktuelle, umfassend dokumentierte Sachverhaltsermittlungen hat die Regionale Planungsgemeinschaft die Parameter einer Referenzanlage bestimmt. Dabei ist insbesondere nachvollziehbar festgestellt worden, dass Windenergieanlagen, die in der Region in den nächsten Jahren voraussichtlich zur Anwendung kommen werden, nach Maßgabe der typenbezogenen Nennschallleistungspegel höhere Schallemissionen bewirken werden als Anlagen, die in der Vergangenheit in der Region errichtet worden sind. Es ist hingegen nicht bekannt, auf welche Sachverhaltsermittlungen der Landesgesetzgeber seine Einschätzung stützt, dass ein Mindestabstand von 1.000 Metern im Sinne der Vorsorge ausreichend sei. Es ist vielmehr festzustellen, dass die Annahme, ein Mindestabstand von 1.000 Metern sei als „Vorsorgeabstand“ ausreichend, im Land Brandenburg seit dem Jahr 2009 (siehe Gemeinsamer Erlass des Ministeriums für Infrastruktur und Raumordnung und des Ministeriums für Ländliche Entwicklung, Umwelt und Verbraucherschutz vom 16. Juni 2009 Nummer 2 Buchstabe c) unverändert beibehalten wird, ohne dass bekannt geworden wäre, worauf diese Annahme beruht oder dass eine Überprüfung der sachlichen Grundlagen dieser Annahme stattgefunden hätte. Eine begründete und angemessene Abweichung von diesem Mindestabstand stellt auch aus diesem Grund, keinen erheblichen Wertungswiderspruch zur Regelung des § 1 des BbgWEAAbG dar. Der Sachverhalt, dass in § 1 Absatz 1 Satz 3 BbgWEAAbG geregelt ist, dass für den Fall, dass die Regionale Planungsgemeinschaft Vorranggebiete mit einem geringeren Abstand als 1.000 Meter festlegen sollte, in diesen Vorranggebieten der Errichtung von Windenergieanlagen die Bestimmungen des § 1 Absatz 1 Satz 1 BbgWEAAbG nicht entgegenstehen, stellt keine Aufforderung an die Regionale Planungsgemeinschaft dar, Vorranggebiete mit einem geringeren Abstand festzulegen. Die für Immissionsschutz zuständige Landesfachbehörde (Landesamt für Umwelt, Abteilung Technischer Umweltschutz 1 und 2) hat mit Stellungnahme vom 18.10.2023 (Eingangs-Nr.: 013391) die Einschätzung mitgeteilt, dass die von der Regionalen Planungsgemeinschaft vorgenommenen Sachverhaltsermittlungen und Bewertungen zur Begründung vorsorgender immissionsschutzrechtlicher Abstände als sachgerecht bewertet werden.

Der Sachliche Teilregionalplan Windenergienutzung 2027 ist nicht darauf ausgerichtet, eine außergebietliche Ausschlusswirkung für die Errichtung von Windenergieanlagen im gesamten Regionsgebiet zu bewirken. Die im Rahmen der Abwägung zu treffenden Entscheidungen können daher auch nicht unter dem Aspekt ihrer Auswirkungen auf die Gewährleistung eines „substanziellen

Raumangebots“ bewertet werden. Genau dieser „Hintergrund“ war jedoch in dem vom Senat des OVG Weimar (Urteil vom 09.11.2022 -1 N 548/19) zu entscheidenden Fall für seine Beanstandung maßgeblich. Dazu ist festzustellen, dass die Regionale Planungsgemeinschaft Havelland-Fläming ihre Entscheidungen zur Festlegung der vorsorgenden immissionsschutzrechtlichen Mindestabstände auf der Grundlage einer umfassenden und fachgerechten Sachverhaltsermittlung und unter Erwägung von Alternativen nachvollziehbar begründet hat. Die in dem angeführten Urteil des OVG Weimar beanstandete „Unschärfe und Konturenlosigkeit“ der Abwägungserwägungen ist daher für die von der Regionalen Planungsgemeinschaft Havelland-Fläming vorgenommenen Abwägungsentscheidungen nicht festzustellen.

Eine Verringerung von Mindestabständen zu bewohnten Gebieten würde nicht unmittelbar zu dem Ergebnis führen, dass mehr Fläche als Vorranggebiet festgelegt wird. Unter den Rahmenbedingungen einer „Angebotsplanung“ aufgrund der rechtlichen Vorgaben bewirkt eine Verringerung von Siedlungsabständen vor allem, dass immissionsschutzrechtlich stärker konfliktträchtige Flächen als Vorranggebiete festgelegt würden. Solche Festlegungen liegen weder im Interesse der betroffenen Bevölkerung noch im Interesse der an der Nutzung der Windenergie Interessierten.

II.2.2.2 Landschaftsschutzgebiete (W 02 – Abschnitt IV.2.5.2 der Planbegründung)

Gegen die Entscheidung, Flächen in Landschaftsschutzgebieten allgemein nicht für eine Festlegung von Vorranggebieten in Betracht zu ziehen, wird insbesondere eingewendet, der „Ausschluss“ von Landschaftsschutzgebieten sei nicht erforderlich, stehe im Widerspruch zum § 26 Absatz 3 BNatSchG und sei willkürlich bzw. abwägungsfehlerhaft.

Zu diesen Einwendungen werden folgende Feststellungen und Bewertungen getroffen:

Die Entscheidung der Regionalen Planungsgemeinschaft, Flächen in Landschaftsschutzgebieten allgemein nicht für eine Festlegung als Vorranggebiet für die Windenergienutzung in Betracht zu ziehen, stellt eine zulässige und ordnungsgemäß ausgeübte Ermessensentscheidung dar. An den dazu in Abschnitt IV.2.5.2 der Planbegründung vorgenommenen Sachverhaltsdarstellungen und Bewertungen wird weiter festgehalten. Die Belange der Windenergienutzung sind auch mit den Belangen des Landschaftsschutzes abzuwägen. (Rn. 129 der Planbegründung) Dabei ist es für die ordnungsgemäße Ausübung des Ermessens ohne Bedeutung, ob sich die Regionale Planungsgemeinschaft dafür entscheidet, bestimmte Flächen aufgrund der Festlegung von Planungskriterien allgemein nicht für eine Festlegung als Vorranggebiet in Betracht zu ziehen oder ob sie orts- und einzelfallbezogene Abwägungsentscheidungen trifft. Die von der Regionalen Planungsgemeinschaft vorgenommene Wertung, Flächen in Landschaftsschutzgebieten, für die durch Rechtsverordnung bereits festgestellt ist, dass ein besonderer Schutz von Natur und Landschaft erforderlich ist, nicht für die Festlegung von Vorranggebieten in Anspruch zu nehmen, soweit das regionale Teilflächenziel auch auf andere Weise erreicht werden kann, führt zu einem angemessenen Ausgleich zwischen den Belangen der Windenergienutzung und des Landschaftsschutzes. Auch aus der Vorschrift des § 26 Absatz 3 BNatSchG folgt nichts anderes. Diese Regelung eröffnet die Möglichkeit, Windenergieanlagen in Landschaftsschutzgebieten zu errichten. Mit dieser Vorschrift wird durch den Gesetzgeber „rechtlich sichergestellt, dass auch Landschaftsschutzgebiete in angemessenem Umfang in die Suche nach Flächen für den Windenergieausbau einbezogen werden können“. (Deutscher Bundestag Drucksache 20/2354, Seite 17) Insbesondere soll es den betreffenden Planungsträgern dadurch ermöglicht werden, Flächen für die Windenergienutzung in dem nach Windenergieflächenbedarfsgesetz für erforderlich gehaltenen Umfang festzulegen. (Deutscher Bundestag Drucksache 20/2354, Seite 24) Durch den Sachlichen Teilregionalplan werden Flächen im gesetzlich erforderlichen Umfang für die Windenergienutzung festgelegt. Die von der

Regionalen Planungsgemeinschaft in Abschnitt IV.2.5.2 der Planbegründung vorgenommenen Einschätzungen stehen daher in Übereinstimmung mit den Absichten und Wertungen des Gesetzgebers.

II.2.2.3 Wald mit besonderen Waldfunktionen (W 03 – Abschnitt IV.2.5.3 der Planbegründung)

Gegen die Entscheidung, Wald mit besonderen Waldfunktionen allgemein nicht für eine Festlegung von Vorranggebieten in Betracht zu ziehen, wird insbesondere eingewendet:

- Die Anwendung dieses Kriteriums sei nicht erforderlich, nicht sachgerecht begründet, abwägungsfehlerhaft bzw. willkürlich.
- Die Anwendung dieses Kriteriums stehe im Widerspruch zum § 2 EEG und zur aktuellen Rechtsprechung des Senates 3a des Oberverwaltungsgerichts Berlin-Brandenburg (Urteil vom 27.07.2023- OVG 3a A 52123).

Zu diesen Einwendungen werden folgende Feststellungen und Bewertungen getroffen:

Die Entscheidung der Regionalen Planungsgemeinschaft, Waldflächen, für welche die benannten Waldfunktionen kartiert sind, allgemein nicht für eine Festlegung als Vorranggebiet für die Windenergienutzung in Betracht zu ziehen, stellt eine zulässige und ordnungsgemäß ausgeübte Ermessensentscheidung dar. An den dazu in Abschnitt IV.2.5.3 der Planbegründung vorgenommenen Sachverhaltsdarstellungen und Bewertungen wird weiter festgehalten. Die Belange der Windenergienutzung sind auch mit dem Belang, den Wald in seiner Bedeutung und seinen Funktionen zu erhalten (§ 1 LWaldG), abzuwägen. Dabei ist es für die ordnungsgemäße Ausübung des Ermessens ohne Bedeutung, ob sich die Regionale Planungsgemeinschaft dafür entscheidet, bestimmte Flächen aufgrund der Festlegung von Planungskriterien allgemein nicht für eine Festlegung als Vorranggebiet in Betracht zu ziehen oder ob sie orts- und einzelfallbezogene Abwägungsentscheidungen trifft. Der Sachverhalt, dass die Waldfunktionskartierung keinen normativen Charakter hat, wurde von der Regionalen Planungsgemeinschaft berücksichtigt. (siehe Rn. 136 der Planbegründung) Die Entscheidung der Regionalen Planungsgemeinschaft, Waldflächen, für welche die benannten Waldfunktionen kartiert sind, nicht für eine Festlegung als Vorranggebiet in Betracht zu ziehen, beruht auf der Feststellung, dass sich die Errichtung von Windenergieanlagen auf diesen Waldflächen nachteilig auf die durch die Waldfunktion dargestellten Schutzgüter, Nutzungen und Belange auswirkt. Diese Waldflächen sind daher nach der Bewertung der Regionalen Planungsgemeinschaft in Bezug auf die Windenergienutzung allgemein weniger vorrangwürdig als Waldflächen, bei denen solche Funktionen nicht festgestellt wurden. Die Vorschrift des § 2 EEG ist nicht geeignet, den Verzicht auf die Anwendung des Kriteriums W 03 ausreichend zu begründen. Mit der Vorgabe der Flächenbeitragswerte im WindBG hat der Bundesgesetzgeber die energiewirtschaftlichen und klimapolitischen Bedarfe, die sich aus den Ausbauzielen und -pfaden des Erneuerbare-Energien-Gesetzes zum Erreichen der Klimaschutzziele ergeben, mit der planerischen Festlegung der dafür erforderlichen Gebiete bereits verknüpft. (siehe auch Rn. 29 der Planbegründung) Dem im § 2 EEG festgestellten öffentlichen Interesse an der Nutzung der erneuerbaren Energien ist daher durch den Sachlichen Regionalplan Rechnung getragen. Die vom Senat 3a des Oberverwaltungsgerichts Berlin-Brandenburg in Urteil vom 14.6.2023 (OVG 3a A 30/23) getroffenen Einschätzungen in Bezug auf die Anwendung des § 8 LWaldG haben auf diese Bewertung keinen unmittelbaren Einfluss. Die von der Regionalen Planungsgemeinschaft zugrunde gelegte Waldfunktionskartierung wird von den zuständigen Forstbehörden vorgenommen, denen in Bezug auf forstliche Fragen eine besondere Erfahrung zuzubilligen ist und deren Einschätzungen von besonderem Sachverstand getragen sind. (Oberverwaltungsgericht Berlin-Brandenburg, Urteil vom 14.06.2023 - OVG 3a A 30/23, Rn. 30)

II.2.2.4 Artenschutzrechtliche Belange (B 02 – Abschnitt IV.2.6.2 der Planbegründung)

Gegen die Anwendung der Kriterien zur Berücksichtigung artenschutzrechtlicher Belange wird insbesondere eingewendet:

- Die Anwendung dieser Kriterien sei nicht erforderlich. Eine artenschutzrechtliche Prüfung sei dem Anlagenehmigungsverfahren vorbehalten.
- Die Anwendung dieser Kriterien beruhe auf einer unvollständigen, unrichtigen und nicht aktuellen Ermittlung der betreffenden Sachverhalte und führe im Ergebnis dazu, dass Flächen, die für die Errichtung von Windenergieanlagen geeignet seien, willkürlich ausgeschlossen bzw. „verschwendet“ würden.
- Die Anwendung der artenschutzrechtlichen Kriterien sei zu restriktiv. Insbesondere sei die Entscheidung, Flächen innerhalb von zentralen Schutzbereichen nach § 45b Absatz 3 BNatSchG allgemein nicht für eine Festlegung als Vorranggebiet in Betracht zu ziehen, rechtsfehlerhaft, nicht gerechtfertigt bzw. willkürlich.
- Die Berücksichtigung der Belange der Großtrappe erfolge ohne ausreichende sachliche Begründung. Insbesondere sei die Entscheidung Flächen, die sich innerhalb von essenziellen Verbindungskorridoren befinden, allgemein nicht für eine Festlegung als Vorranggebiet in Betracht zu ziehen, willkürlich.

Zu diesen Einwänden werden folgende Feststellungen und Bewertungen getroffen:

An den in Abschnitt 2.6.2 der Planbegründung (insbesondere Rn. 156) vorgenommenen Sachverhaltsdarstellungen und Bewertungen wird festgehalten. Die Regionale Planungsgemeinschaft verfolgt das allgemeine Planungsziel Flächen als Vorranggebiete für die Windenergienutzung festzulegen, für die festgestellt werden kann, dass ein möglichst geringes Konfliktpotenzial mit anderen Nutzungen besteht und möglichst geringe Beeinträchtigungen anderer Belange und Schutzgüter bewirkt werden. (siehe Abschnitt IV.2.1 Nummer 1 der Planbegründung, insbesondere Rn. 37) Flächen, für die nach § 45b BNatSchG vom Bundesgesetzgeber festgestellt wurde, dass in der Regel ein signifikant erhöhtes Tötungs- und Verletzungsrisiko für die den Brutplatz nutzenden kollisionsgefährdeten Vögel gegeben ist, können grundsätzlich nicht als konfliktarm bewertet werden. Der Sachverhalt, dass der Gesetzgeber geregelt hat, dass im Einzelfall festgestellt werden kann, dass das allgemein gegebene signifikant erhöhte Tötungs- und Verletzungsrisiko aufgrund von Habitatpotenzialanalysen widerlegt ist oder nach Durchführung anerkannter Schutzmaßnahmen hinreichend gemindert wird, führt zu keiner anderen Bewertung. An der Entscheidung, dass die vom Gesetzgeber geforderten Nachweise von der Regionalen Planungsgemeinschaft im Rahmen der Ausarbeitung des Sachlichen Teilregionalplans nur in Ausnahmefällen in Betracht gezogen werden, ist in Übereinstimmung mit den dazu vom Ministerium für Landwirtschaft, Umwelt und Klimaschutz erteilten Hinweisen festzuhalten. Abweichende Entscheidungen werden von der Regionalen Planungsgemeinschaft auf der Grundlage der Bewertungen der zuständigen Naturschutzbehörde getroffen. Auf diese Weise wird dazu beigetragen, dass in den immissionsschutzrechtlichen Genehmigungsverfahren festgestellt werden kann, dass in den Vorranggebieten Belange des Artenschutzes nicht maßgeblich betroffen sind und daher Genehmigungen für die Errichtung von Windenergieanlagen in kürzerer Frist erteilt werden können. Die auf diese Weise festgelegten Flächen zeichnen sich im Vergleich mit Flächen, für welche die Regionale Planungsgemeinschaft diese Feststellung nicht treffen kann, als vorrangwürdig aus. Hinsichtlich der (angenommenen) unvollständigen Ermittlung der artenschutzrechtlich relevanten Sachverhalte wird Folgendes festgestellt: Grundlage der Entscheidungen der Regionalen Planungsgemeinschaft ist die sachgerechte Würdigung der zum Zeitpunkt der Planaufstellung bekannten Sachverhalte. Die Regionale

Planungsgemeinschaft ist nicht verpflichtet, diesbezüglich eigene Ermittlungen anzustellen. Vielmehr darf die Regionale Planungsgemeinschaft grundsätzlich auf die vom Landesamt für Umwelt mitgeteilten Daten vertrauen. (siehe Oberverwaltungsgericht Berlin-Brandenburg Urteil vom 23.05.2019 – OVG 2 A 4.19, Rn. 123) Die Ausnahmemöglichkeiten nach § 45 Absatz 7 BNatSchG werden von der Regionalen Planungsgemeinschaft berücksichtigt. (siehe dazu Rn. 159 und 160 der Planbegründung) Hinsichtlich artenschutzrechtlicher Belange in Bezug auf die Großtrappe wird auf die anzuwendenden Vorschriften nach Ziffer 4.19 der Anlage 1 des Erlasses zum Artenschutz in Genehmigungsverfahren für Windenergieanlagen (AGW-Erlass) verwiesen. Hinsichtlich des Sachverhalts, dass das Ministerium für Landwirtschaft, Umwelt und Klimaschutz das Schutzkonzept für die Großtrappe voraussichtlich an neue Erkenntnisse anpassen wird, ist festzustellen, dass durch die Regionale Planungsgemeinschaft nicht vorhergesehen werden, in welcher Weise dies erfolgen wird. Nach Einschätzung der Regionalen Planungsgemeinschaft sind weitere Entscheidungen im Interesse der Gewährleistung einer ausgewogenen gesamträumlichen Planung (allgemeines Planungsziel Nummer 3, Rn. 39 der Planbegründung) nur auf der Grundlage der Kenntnis des geänderten Schutzkonzeptes für die Großtrappe möglich.

II.2.2.5 Beeinflussungsbereiche von Verkehrstrassen (B 26 – Abschnitt IV.2.6.26 der Planbegründung)

In verschiedenen Stellungnahmen wird auf den Sachverhalt hingewiesen, dass zwischen Windenergieanlagen und Verkehrstrassen Sicherheitsabstände einzuhalten sind. Es wird auch ange-regt, diese entsprechenden Abstandsbereiche allgemein nicht für eine Festlegung als Vorrangge-biet in Betracht zu ziehen.

Zu diesen Einwendungen werden folgende Feststellungen und Bewertungen getroffen:

Die Abstände zu Verkehrstrassen werden bei der Festlegung der Vorranggebiete sachgerecht be-rücksichtigt. Insbesondere werden Flächen, die aufgrund dieser Abstände erkennbar nicht mit Windenergieanlagen bebaut werden können, nicht als Vorranggebiet festgelegt (Rn. 261 der Plan-begründung) An den in Rn. 262 der Planbegründung vorgenommenen Sachverhaltsdarstellungen und Bewertungen kann festgehalten werden. Die Annahme, dass innerhalb der betreffenden Vor-ranggebiete letztendlich nicht stets dieselbe Anzahl Windenergieanlagen errichtet werden kann, wie es der Fall wäre, wenn die Fläche nicht von Verkehrsinfrastrukturen durchzogen wäre, ist nicht ausreichend begründet. Welche Anzahl von Windenergieanlagen innerhalb eines Vorranggebiets errichtet werden kann oder letztlich errichtet wird, hängt von verschiedenen Faktoren ab. So haben beispielsweise die Aufteilung der Fläche in Grundstücke und die Entscheidungen der Grundstück-seigentümer über vertragliche Bindungen erheblichen Einfluss darauf, wie Windenergieanlagen innerhalb eines Vorranggebiets positioniert werden können. Ein weiterer wesentlicher Faktor sind die Erschließungsmöglichkeiten und die von der Regionalen Planungsgemeinschaft in den Blick genommenen, aus technischen Gründen notwendigen Mindestabstände zwischen den Windener-gieanlagen. Mögliche (optimale) Konfigurationen von Windenergieanlagen innerhalb eines Vor-ranggebiets lassen sich auf der Ebene der Regionalplanung nicht vorhersehen und sind auch den Stellungnehmenden nicht bekannt. Da die genauen Abstandserfordernisse erst im konkreten Ein-zelfall ermittelt werden können, kann es sich für die Anordnung einer größeren Anzahl von Wind-energieanlagen auch als Vorteil erweisen, dass die Vorranggebiete nicht durch Abstandskorridore unterbrochen werden. Die von der Regionalen Planungsgemeinschaft vorgenommenen Bewertun-gen beruhen auf ausreichend begründeten Annahmen, die durch eigene Untersuchungen bestätigt werden können. Auf der Grundlage der Geodaten von 793 in der Region Havelland-Fläming er-richteten Windenergieanlagen hat die Regionale Planungsstelle festgestellt, dass der durchschnitt-liche Abstand einer Windenergieanlage zur jeweils nächstgelegenen Anlage dem 3,9-Fachen des

Rotordurchmesser der jeweiligen Anlage entspricht. Nach den gesetzlichen Bestimmungen des Bundes und des Landes, die in der Planbegründung benannt werden (Rn. 258, 257), sind nach Maßgabe der Parameter einer Referenzanlage zwischen dem Mastfuß einer Windenergieanlage und dem Fahrbahnrand von Autobahnen bzw. Bundes-, Landes- und Kreisstraßen Abstände von 120 bzw. 100 Metern einzuhalten. Daraus ergeben sich entlang dieser Straßen „Freihaltebereiche“ von 240 bzw. 200 Metern Breite. Diese Werte liegen deutlich unterhalb der regelmäßig zwischen Windenergieanlagen aus technischen und wirtschaftlichen Gründen einzuhaltenden Mindestabstände.

II.2.2.6 Mindestabstände zwischen Vorranggebieten für die Windenergienutzung (B 30 – Abschnitt IV.2.6.30 der Planbegründung)

Gegen die Anwendung des Kriteriums B 30 wird insbesondere eingewendet:

- Die Anwendung des 5-km-Mindestabstands zwischen Vorranggebieten sei nicht erforderlich, nicht sachgerecht bemessen bzw. willkürlich.
- Es müssten Abweichungen von der Anwendung des Kriteriums im Einzelfall (nicht nur bei Bestandsgebieten) zugelassen werden.

Zu diesen Einwänden werden folgende Feststellungen und Bewertungen getroffen:

Grundsätzlich steht es im weiten Planungsermessen der Regionalen Planungsgemeinschaft zum Schutz des Landschaftsbildes einen Mindestabstand zwischen den Standorten von Windenergieanlagen pauschal festzulegen. Die Bemessung des erforderlichen Abstandswerts mit 5 km ist nicht abwägungsfehlerhaft, sondern Ergebnis einer zulässigen Pauschalierung. (siehe Oberverwaltungsgericht Berlin-Brandenburg Urteil vom 05.07.2018 - OVG 2 A 2.16, Rn. 114) Die Regionale Planungsgemeinschaft stellt bei der Bewertung der optischen Wirkung auf den von Peters, Torkler, Brahm und Zeidler festgelegte mittleren Wirkungsbereich von 4.500 Meter ab und hat die Anwendung des Kriteriums ausführlich und sachgerecht begründet. (ergänzende Unterlage nach Abschnitt VI Nummer 3 der Planbegründung) Der Sachverhalt, dass es nach Ansicht verschiedener Stellungnehmender auch gerechtfertigt wäre, einen geringeren Abstandswert festzulegen, stellt keinen Mangel der Entscheidung der Regionalen Planungsgemeinschaft dar. Grundsätzlich hält es die Regionale Planungsgemeinschaft für erforderlich, den festgelegten Mindestabstand einzuhalten. (Rn. 287 der Planbegründung) Aufgrund des Sachverhalts, dass das maßgebliche regionale Teilflächenziel erreicht wird, sind Abweichungsentscheidungen nicht erforderlich.

IV. Weitere Belange

Es werden weiter häufiger grundsätzliche Bedenken gegen die Festlegung von Vorranggebieten auf Waldflächen vorgebracht. Insbesondere wird eingewendet:

- Die Errichtung von Windenergieanlagen im Wald zerstöre das Waldökosystem, beeinträchtige das Wasser- und CO₂-Speichervermögen der Wälder.
- Die Errichtung von Windenergieanlagen im Wald beeinträchtige den Lebensraum von Wildtieren und habe nachteilige Auswirkungen auf die Biodiversität.
- Die Erholungsfunktion des Waldes werde beeinträchtigt.

Zu diesen Einwänden werden folgende Feststellungen und Bewertungen getroffen:

Die im Rahmen des Sachlichen Teilregionalplans vorgesehene Inanspruchnahme von Waldflächen bewirkt keine erhebliche Beeinträchtigung des Bestands und der Funktionen der Wälder der

Region. Durch die Errichtung von Windenergieanlagen werden nur kleinflächige Eingriffe in den Waldbestand bewirkt. Wälder in denen Windenergieanlagen errichtet sind verlieren daher nicht allgemein ihre ökologischen Funktionen und werden auch als Lebensraum nicht vollständig entwertet. Auf den Erhalt der Wälder und deren Leistungsfähigkeit auch hinsichtlich der Kohlenstoffbindung wird durch die Waldbewirtschaftung maßgeblicher Einfluss ausgeübt. Diese Sachverhalte sind in der ergänzenden Unterlage nach Abschnitt VI Nummer 4 der Planbegründung dargestellt. Zudem ist der Aspekt der vermiedenen Emissionen durch die Nutzung der Windenergie zu berücksichtigen. Die von der Regionalen Planungsgemeinschaft vorgenommene Bewertung, dass die Entscheidung, Waldflächen allgemein nicht für eine Festlegung als Vorranggebiet in Betracht zu ziehen, nicht ausreichend gerechtfertigt werden kann, wird auch durch die Rechtsprechung des Senats 3a des Oberverwaltungsgerichts Berlin-Brandenburg bestätigt. (OVG Berlin-Brandenburg, Urteil vom 14.06.2023 - OVG 3a A 30/23) Besondere nicht kompensierbare Funktionen des Waldes – insbesondere auch die Erholungsfunktion – werden durch die Regionale Planungsgemeinschaft durch die Planungskriterien W 03 (Abschnitt IV.2.5.3 der Planbegründung) angemessen berücksichtigt.

II.2.3 Ortbezogene Einzelfallentscheidungen

II.2.3.1 Veränderung von Vorranggebieten

Zu allen Vorranggebieten werden Veränderungen angeregt. Diese betreffen insbesondere die Anregung, diese Gebiete zu vergrößern. Zur Begründung wird in der Regel auf die unter II.2 benannte Kritik an der Anwendung der Planungskriterien sowie die Absicht, an den betreffenden Standorten Windenergieanlagen errichten zu wollen, verwiesen.

Zu diesen Anregungen werden folgende Feststellungen und Bewertungen getroffen:

Es konnte – mit Ausnahme des Vorranggebiets VRW 12 „Nitzahn“ – in jedem Einzelfall festgestellt werden, dass in Bezug auf den Zeitpunkt der Erarbeitung des Planentwurfs keine veränderte Sachlage gegeben ist. Auf dieser Grundlage konnte an den bislang getroffenen Entscheidungen – wie sie in der ergänzenden Unterlage nach Abschnitt VI Nummer 9 der Planbegründung dargestellt sind – festgehalten werden. Das private Interesse an der Nutzung der Windenergie überwiegt nicht allgemein andere Belange, welche durch die Kriterien des Planungskonzepts dargestellt sind. Insbesondere ist es zur Begründung einer Vorrangwürdigkeit nicht ausreichend, darzulegen, dass die Errichtung von Windenergieanlagen auf einer vorgeschlagenen Fläche voraussichtlich möglich ist und den wirtschaftlichen Interessen der Stellungnehmenden dient. Mit dem Erreichen des regionalen Teilflächenziels ist den energiewirtschaftlichen und klimapolitischen Bedarfen, die sich aus den Ausbauzielen und -pfaden des Erneuerbare-Energien-Gesetzes zum Erreichen der Klimaschutzziele ergeben, ausreichend Rechnung getragen. Die Festlegung von Vorranggebieten im Sachlichen Teilregionalplan bewirkt nicht den Ausschluss der Nutzung der Windenergie auf Flächen, die außerhalb der Vorranggebiete gelegen sind. Sollten die Kommunen das Interesse an der Nutzung der Windenergie an anderer Stelle unterstützen, ist es ihnen möglich, betreffende Flächen für die Windenergienutzung im Rahmen der kommunalen Bauleitplanung verfügbar zu machen.

Vorranggebiet VRW 12 „Nitzahn“

Zum Vorranggebiet VRW 12 „Nitzahn“ sind im Beteiligungsverfahren die Ergebnisse einer avifaunistischen Kartierung aus dem Jahr 2022 mitgeteilt worden. Nach diesen Befunden befinden sich im 1.000-m-Umkreis des Vorranggebiets, verschiedene Brutplätze kollisionsgefährdeter Vogelarten, die zum Zeitpunkt der Planerarbeitung der Regionalen Planungsgemeinschaft nicht bekannt waren. Es handelt sich dabei um die Arten Rotmilan, Schwarzstorch, Kranich und Schwarzmilan. Diese Sachverhalte wurden dem Referat N1 des Landesamtes für Umwelt zur

Stellungnahme vorgelegt, welches seine Einschätzungen mit Schreiben vom 22.11.2023 mitgeteilt hat. In Auswertung dieser Mitteilung kann festgestellt werden, dass die Errichtung von Windenergieanlagen in dem betreffenden Gebiet unter Inanspruchnahme einer artenschutzrechtlichen Ausnahme (Schwarzmilan) bzw. nach Durchführung von Vermeidungs- und Schutzmaßnahmen (Schwarzstorch) oder von Ausgleichsmaßnahmen (Kranich) möglich ist. Auf dieser Grundlage wird an der Festlegung des Vorranggebiets VRW 12 festgehalten. Für diese Entscheidung spricht nach den Kriterien des Planungskonzepts auch die siedlungsferne Lage sowie die Lage in einem Teilraum der Region, in dem bisher weniger Windenergieanlagen errichtet sind.

Vorranggebiet VRW 36 „Thyrow/Kerzendorf“

In einer vergleichsweise größeren Anzahl von Stellungnahmen (66 Bedenken, Anregungen und Hinweise) wurde das Vorranggebiet VRW 36 „Thyrow/Kerzendorf“ thematisiert. Insbesondere wurden Bedenken dahingehend vorgetragen, dass die Festlegung des VRW 36 die Naherholung beeinträchtigen könne und dass schützenswerter Wald in Anspruch genommen wird.

Zu diesen Bedenken werden folgende Feststellungen und Bewertungen getroffen:

Es wird eingeschätzt, dass die vorgebrachten Bedenken nicht das Gewicht haben, eine Planänderung ausreichend zu begründen. An der Festlegung des VRW 36 wird unverändert festgehalten. Die Belange des Schutzes des Landschaftsbildes und der Erholung wurden von der Regionalen Planungsgemeinschaft angemessen berücksichtigt. Das Stadtgebiet Ludwigsfelde hat im Westen und Osten einen größeren flächenhaften Anteil an den Landschaftsschutzgebieten „Nuthetal Beelitzer Sander“ bzw. „Notte-Niederung“ sowie „Diedersdorfer Heide und Großbeerener Graben“. Diese Flächen, die auch für die Erholung von besonderer Bedeutung sind (§ 26 Absatz 1 Nummer BNatSchG), umfassen etwa 45 Prozent des Stadtgebietes und werden von der Regionalen Planungsgemeinschaft für die Festlegung von Vorranggebieten nicht in Betracht gezogen. Die Regionale Planungsgemeinschaft berücksichtigt weiter 420 ha siedlungsnahen Wald mit der Funktion „Erholungswald“ der Intensitätsstufe 2, der sich nördlich außerhalb des VRW 36 befindet. Im Stadtgebiet Ludwigsfelde befinden sich insgesamt etwa 3.100 ha Wald, darunter ein etwa 580 ha großes zusammenhängendes Waldgebiet westlich der Kernstadt außerhalb des VRW 36 (Ludwigsfelder Heide), durch welches eine „Grünverbindung“ zum Wohngebiet „Ahrensdorfer Heide“ und zum Ortsteil Siethen mit dem Siethener See als einem Erholungsschwerpunkt gewährleistet ist. Das VRW 36 nimmt nur etwa 8 Prozent der Waldfläche der Stadt Ludwigsfelde ein, wovon ein nur geringer Teil für die Errichtung von Windenergieanlagen in Anspruch genommen wird. Der Wald bleibt in seinen Funktionen erhalten.

Auch der Sachverhalt, dass im westlichen Teil des VRW 36 Mischwaldbestände vorhanden sind, die (teilweise) auf Waldumbaumaßnahmen zurückzuführen sind, führt zu keiner anderen Bewertung. Die betreffenden Waldflächen grenzen an Ackerland bzw. werden von solchem durchbrochen und stellen sich – anders als im Ostteil des VRW 36 – nicht als ein größeres zusammenhängendes Waldgebiet dar. Durch eine angepasste Planung der Anlagenstandorte kann ausreichend gewährleistet werden, eine Inanspruchnahme strukturreicherer Waldflächen zu vermeiden bzw. Eingriffe in diese Bestände zu minimieren.

II.2.3.2 Zusätzliche Vorranggebiete

Eine vergleichsweise große Anzahl von Einwendungen (149) beinhaltet die Anregung, zusätzliche Vorranggebiete auszuweisen. Für 44 Flächen wird aufgrund des Interesses an der Errichtung von Windenergieanlagen angeregt, diese zusätzlich als Vorranggebiet festzulegen. Diese Flächen haben – ohne Berücksichtigung sich überschneidender Flächenvorschläge – insgesamt einen

Flächeninhalt von 8.196 Hektar und sind in einer Übersichtskarte im Anhang dieses Berichts abgebildet.

In allen Fällen kann festgestellt werden, dass die vorgeschlagenen Flächen den Anforderungen an eine Vorrangwürdigkeit im Sinne der Vereinbarkeit mit den Planungskriterien und den allgemeinen Planungszielen nicht ausreichend entsprechen.

Zudem ist festzustellen, dass die Festlegung dieser Flächen als Vorranggebiet zur Erreichung des maßgeblichen regionalen Flächenziels nicht erforderlich ist.

II.2.4 Umweltprüfung

Zur durchgeführten Umweltprüfung und zu den Natura-2000-Vorprüfungen wurden 48 Anregungen, Hinweise und Bedenken ermittelt. Im Hinblick auf die zu berücksichtigenden Umweltbelange werden vor allem Anregungen, Hinweise und Bedenken in Bezug auf nachfolgende Belange vorgebracht:

II 2.4.1 Schutzgut Mensch

In einigen Stellungnahmen wurde geäußert, dass sich durch die Planfestlegungen zusätzliche Belastungen durch Schall- als auch visuelle Immissionen ergeben würden. Überdies wurde vereinzelt mitgeteilt, dass hinsichtlich des Schutzgutes Mensch, menschliche Gesundheit auch die dauerhafte Sicherung des Erholungswertes von Natur und Landschaft unter Vermeidung von Beeinträchtigungen im Umweltbericht zu berücksichtigen sei. Angeregt wurde, als passendes Prüfkriterium für die Ermittlung der entsprechenden Auswirkungen, die Einbeziehung bedeutender Erholungsinfrastrukturen bzw. Erholungsplanungen.

Zu diesen Einwendungen werden folgende Feststellungen und Bewertungen getroffen:

Neben Schallimmissionen, die von besonderer Bedeutung sind, da sich diese dauerhaft auf die Wohnbevölkerung auswirken können, können auch visuelle Beeinträchtigungen durch Schattenwurf und Rotorbewegungen von Windenergieanlagen ausgehen.

Die von Windenergieanlagen ausgehenden optischen Immissionen sind im Anlagengenehmigungsverfahren auf der Grundlage der Leitlinie des Ministeriums für Landwirtschaft, Umwelt und Klimaschutz des Landes Brandenburg zur Ermittlung und Beurteilung der optischen Immissionen von Windenergieanlagen (WEA-Schattenwurf-Leitlinie) zu ermitteln und zu bewerten. Erhebliche Beeinträchtigungen können demnach ausgeschlossen werden.

Im Hinblick auf Schallimmissionen weicht die Regionale Planungsgemeinschaft Havelland-Fläming von dem im § 1 des Brandenburgisches Windenergieanlagenabstandsgesetz (BbgWEAAbG) einzuhaltenden Mindestabstand von 1.000 Metern zu zulässigerweise errichteten Wohngebäuden in Gebieten mit Bebauungsplänen oder innerhalb im Zusammenhang bebauter Ortsteile (§ 34 BauGB) und Anlagenstandorten ab. Die Regionale Planungsgemeinschaft legt vorsorgend einen um 100 Meter höheren Mindestabstandswert zu bewohnten Gebieten fest, da höhere Abstände grundsätzlich geringere Immissionen am Immissionsort bewirken und somit der zusätzliche Abstand von 100 m als allgemein positiv im Sinne der Wohnbevölkerung angesehen werden kann.

Bezüglich des Erholungswertes der Landschaft findet bereits eine umfangreiche Berücksichtigung durch die Kriterien W 02 Landschaftsschutzgebiete (siehe Abschnitt IV.2.5.2 der Planbegründung) und W 03 Erholungswald (siehe Abschnitt IV.2.5.3 der Planbegründung) sowie B 08 Gebiete in Naturparke (Abschnitt IV.2.6.8 der Planbegründung) statt. Darüber hinaus werden nunmehr im Umweltbericht, sofern bedeutsame Rad- oder Wanderwege betroffen sind, in den jeweiligen Prüfsteckbriefen dokumentiert (Umweltbericht, Abschnitt 3.7).

Inwieweit Windenergieanlagen tatsächlich einen erheblichen Einfluss auf das Erholungserlebnis haben, ist nach Kenntnissen der Regionalen Planungsgemeinschaft bisher nicht systematisch untersucht. Windenergieanlagen können als Fremdkörper im Landschaftsraum wahrgenommen werden, welche die Natürlichkeit und Eigenart der Landschaft stören. Das Empfinden visueller Beeinträchtigungen beruht jedoch auf ästhetischen Bewertungen und ist individuell unterschiedlich. Allein die Sichtbarkeit der Anlagen stellt regelmäßig keine erhebliche visuelle Störung dar. Eine erhebliche Störung tritt nachvollziehbar ein, wenn Windenergieanlagen als dominierendes Landschaftselement wahrgenommen werden. In der offenen Landschaft verringern sich visuelle Wirkungen von Windenergieanlagen bei größeren Abständen von mehr als 2.000 m. Sind zudem in der näheren Umgebung des Beobachtungsstandorts Sichthindernisse wie etwa Bäume, Gehölze, landschaftliche Erhebungen oder Gebäude vorhanden, sind auch vergleichsweise nahegelegene Windenergieanlagen kaum oder überhaupt nicht sichtbar. Daher können gerade an Wegestrukturen gebundene und auf Fortbewegung beruhende Freizeitaktivitäten wie Wandern, Radfahren, Skaten oder Reiten in der Regel ohne erhebliche Beeinträchtigungen durch Windenergieanlagen ausgeübt werden.

II.2.4.2 Schutzgut Tiere, Pflanzen, biologische Vielfalt, Natura 2000

Biotopverbund

In mehreren Stellungnahmen wird kritisch eingewendet, dass eine Festlegung von Vorranggebieten innerhalb der Kern- und Verbindungsflächen des Biotopverbundes zu einer Zerschneidung desselben führe. Insbesondere wird dabei auf den Verbund von Wanderkorridoren und großen Waldgebieten für waldgebundene Arten mit großem Raumanspruch eingegangen und in diesem Zusammenhang auf die Beeinträchtigungen der Arten mit großem Raumanspruch hingewiesen.

Zu diesen Einwänden werden folgende Feststellungen und Bewertungen getroffen:

Eine erhebliche Zerschneidungswirkung des Biotopverbundes und den damit verbundenen Beeinträchtigungen der Zielarten kann nicht festgestellt werden. Allein aufgrund der Abstände zwischen Windenergieanlagen, die in der Regel einige hundert Meter betragen, ist eine erhebliche Zerschneidungswirkung auszuschließen. Es ist zudem zu berücksichtigen, dass Windenergieanlagen keine derartig zerschneidende Wirkung wie zum Beispiel Infrastrukturtrassen (Straße, Schiene) besitzen.

Zudem ist feststellbar, dass Kernflächen des Biotopverbundes nur geringfügig von Vorranggebieten für die Windenergienutzung überlagert werden. Eine Berücksichtigung kann folglich in Kenntnis der konkreten Standorte auf nachgelagerter Planungsebene erfolgen.

Bezüglich der geäußerten Besorgnis, dass Arten mit großem Raumanspruch von den Planfestlegungen erheblich beeinträchtigt würden, ist zu berücksichtigen, dass es sich bei Windenergieanlagen nicht um weiträumige, für am Boden wandernde Arten schwer zu überwindende Trennelemente handelt, sondern lediglich um einzelne punktuelle Eingriffe innerhalb des Verbundes. Die generelle Durchlässigkeit für Arten mit großem Raumanspruch wird nicht in Frage gestellt. In einem Forschungsprojekt der Deutschen Wildtier Stiftung zu Auswirkungen von Störeinflüssen in den Lebensräumen der Europäischen Wildkatze zeigte sich anhand erster Ergebnisse mit besenderten Tieren, dass Wildkatzen die Anlagen nicht weiträumig meiden. Auch Wölfe scheinen keine Sensibilität gegenüber Windenergieanlagen aufzuweisen. Dies spiegelt sich u.a. in den Monitoringberichten des Landesamtes für Umwelt zum Wolfsvorkommen im Land Brandenburg wieder. Neben der stetigen Zunahme der Wolfsrudel in Brandenburg sind diese innerhalb der Region Havelland-Fläming vor allem im Süden des Landkreises Teltow-Fläming, trotz hoher Dichte an

Windenergieanlagen, nachgewiesen. Direkte Stör- und Scheuchwirkungen während der Bauphase können zwar nicht ausgeschlossen werden, jedoch ist das Konfliktpotenzial aufgrund der zeitlichen Begrenzung als gering bis mäßig einzuschätzen.

Zusätzlich ist zu berücksichtigen, dass es sich bei einer Vielzahl von Vorranggebieten um Bestandsgebiete handelt, demnach eine Bebauung und folglich eine Beeinträchtigung bereits eingetreten ist.

Nach Einschätzung der Regionalen Planungsgemeinschaft werden die Biotopverbundflächen hinreichend im Umweltbericht berücksichtigt. Aus den Hinweisen ergeben sich keine anderen Einschätzungen. Eine erhebliche Zerschneidungswirkung des Biotopverbundes, insbesondere des Verbundes aus Wanderkorridoren und großen Waldgebieten für waldgebundene Arten mit großem Raumanspruch, und den damit verbundenen Beeinträchtigungen der Zielarten kann nicht festgestellt werden.

Vogelarten und Fledermausvorkommen

Hinsichtlich der Berücksichtigung von artenschutzrechtlichen Belangen wird mehrfach vorgebracht, dass Flugrouten der Rast- und Zugvögel sowie weitere windenergiesensible Vogelarten und Fledermausvorkommen im Umweltbericht nicht hinreichend beachtet wurden.

Zu diesen Einwendungen werden folgende Feststellungen und Bewertungen getroffen:

Im Umweltbericht werden die durch die in Anlage 1 zu § 45 b Absatz 1 bis 5 definierten Nahbereiche und zentralen Prüfbereiche kollisionsgefährdeter Arten berücksichtigt. Bei Einhaltung der definierten Nah- und zentralen Prüfbereiche ist in der Regel nicht mit einem signifikant erhöhten Tötungs- und Verletzungsrisiko kollisionsgefährdeter Vogelarten zu rechnen (§ 45 b Absatz 1 bis 3 BNatSchG). Das Risiko der Störung von empfindlichen Vogelarten kann durch Einhaltung der Vorgaben des AGW-Erlasses (Anlage 1) ausgeschlossen werden.

Neben den kollisionsgefährdeten bzw. störungssensiblen Vögeln werden auch Zug- und Rastvögel sowie die Großtrappe im Umweltbericht unter Anwendung der Anlage 1 des Erlasses zum Artenschutz in Genehmigungsverfahren für Windenergieanlagen (AGW Erlass, Anlage 1) berücksichtigt.

Sofern Überschneidungen mit Nah- oder zentralen Prüfbereichen festgestellt werden, sind artenschutzrechtliche Konflikte nicht auszuschließen. In einigen Fällen überschneiden sich Vorranggebiete, in denen bereits Windenergieanlagen errichtet sind, mit zentralen Prüfbereichen bzw. Nahbereichen kollisionsgefährdeter bzw. störungssensibler Arten. Für Maßnahmen des Repowering kann die Zulassung von Ausnahmen nach § 45 Absatz 7 BNatSchG in Betracht gezogen werden, da Standortalternativen nach § 45c Absatz 4 BNatSchG in der Regel nicht zumutbar sind. Unter Berücksichtigung des allgemeinen Planungsziels Nummer 4 (Rn. 40 der Planbegründung) werden daher auch Flächen, die bereits mit Windenergieanlagen bebaut sind und sich mit zentralen Prüfbereichen bzw. Nahbereichen überschneiden in Vorranggebiete einbezogen. Das betrifft die Vorranggebiete VRW 12, 17, 19, 23, 28, 29, 31, 32, 33, 34 und 37.

Bezüglich der mitgeteilten Fledermausvorkommen in einzelnen Vorranggebieten, auf die nunmehr im Ergebnis der Überarbeitung des Umweltberichtes in den Steckbriefen hingewiesen wird (Umweltbericht, Anhang C), verweist die Regionale Planungsgemeinschaft ebenfalls auf die Berücksichtigung des Erlasses zum Artenschutz in Genehmigungsverfahren für Windenergieanlagen. Obwohl eine artenschutzrechtliche Betroffenheit von Fledermausarten bei der Planung und Genehmigung von Windenergieanlagen (WEA) regelmäßig festzustellen ist, kann die Verwirklichung artenschutzrechtlicher Verbotstatbestände in Bezug auf Fledermäuse grundsätzlich durch die Anordnung geeigneter Schutzmaßnahmen im immissionsschutzrechtlichen Genehmigungsverfahren

vermieden werden. Fledermäuse müssen demnach nicht auf Ebene der Regionalplanung berücksichtigt werden, da die artenschutzrechtlichen Anforderungen im jeweiligen Genehmigungsverfahren bewältigt werden können (siehe Umweltbericht, Abschnitt 5.2, AGW-Erlass, Anlage 3).

Natura-2000-Vorprüfung

Das Landesamt für Umwelt teilte mit Stellungnahme vom 26.09.2023 die Einschätzung mit, dass die Natura-2000-Vorprüfungen für die SPA-Gebiete „Altengrabower Heide“ (VRW 23 „Dretzen“) und „Truppenübungsplätze Jüterbog Ost und West“ (VRW 04 „Jüterbog-Altes Lager“ und VRW 35 „Jüterbog-Markendorf (Heidehof)“) sowie für das FFH-Gebiet „Kummersdorfer Heide/Breiter Steinbusch“ (VRW 08 „Kummersdorf-Gut“) nicht zu dem Ergebnis gelangen können, dass erhebliche Beeinträchtigungen der Schutzzwecke ausgeschlossen werden können. Zur Begründung wird ausgeführt, dass in den benannten Fällen „bereits auf die Möglichkeit des Ausweichens potenziell betroffener Arten (z. B. Ziegenmelker, Mops- und Bechsteinfledermaus) in angrenzende Bereiche verwiesen“ wurde.

Mit Mitteilung vom Ministerium für Umwelt, Landwirtschaft und Klimaschutz vom 12.04.2024 wird auf erneute Nachfrage der Regionalen Planungsgemeinschaft ausgeführt, dass *„der Feststellung, dass aufgrund der vorhandenen Habitate gegebenenfalls ein „Ausweichen“ bestimmter Arten auf nahegelegene, geeignete Flächen „in der Regel problemlos“ möglich ist, die Feststellung vorausgeht, dass bestimmte Arten durch die Windkraftanlagen beeinträchtigt und dazu gezwungen werden können, auszuweichen (z. B. Ziegenmelker, Mops- und Bechsteinfledermaus). Dieser Umstand löst die Verpflichtung zu einer FFH-Verträglichkeitsprüfung aus. Die FFH-Vorprüfung hat sich nämlich ausschließlich auf die Frage zu beschränken, ob nach Lage der Dinge ernsthaft die Besorgnis nachteiliger Auswirkungen besteht. Der notwendige Grad der Wahrscheinlichkeit ist erreicht, wenn anhand objektiver Umstände nicht ausgeschlossen werden kann, dass ein Projekt das fragliche Gebiet erheblich beeinträchtigt. Sobald Erhaltungszielarten wie z. B. Ziegenmelker, Mops- und Bechsteinfledermaus dazu gezwungen sein könnten, auf andere Habitate auszuweichen, ist der notwendige Grad erreicht und erhebliche Beeinträchtigungen können nicht ausgeschlossen werden - und zwar offensichtlich und von vornherein. Demnach ist eine FFH-Verträglichkeitsprüfung erforderlich“*.

Weiter weist das Landesamt für Umwelt darauf hin, dass vielfach keine vollständigen oder ausreichend aktuelle Daten vorlägen, um eine hinreichende Beurteilung vornehmen zu können.

Überdies würden die durchgeführten „Vorprüfungen“ nicht den Vorgaben der Verwaltungsvorschrift des MLUK zur Anwendung der §§ 32 bis 36 des Bundesnaturschutzgesetzes in Brandenburg (Kapitel 2 und Formblatt nach Anlage 2) entsprechen. Eine ähnliche Einschätzung wird auch vom Ministerium für Landwirtschaft, Umwelt und Klimaschutz mitgeteilt (Stellungnahme vom 05.10.2023).

In Anlehnung an die Verwaltungsvorschrift des Ministeriums für Ländliche Entwicklung, Umwelt und Landwirtschaft zur Anwendung der §§ 32 bis 36 des Bundesnaturschutzgesetzes in Brandenburg vom 17. September 2019 wurden die betreffenden Vorprüfungen überarbeitet. Alle in Vogelschutzgebieten (VSG) als Zielarten definierten Vogelarten wurden dabei berücksichtigt. Für FFH-Gebiete, deren Erhaltungsziele den Schutz von Fledermauslebensräumen umfasst, wurde geprüft, ob eine Natura-2000-Verträglichkeitsprüfung im Zusammenhang mit der Festlegung von Vorranggebieten für die Windenergienutzung erforderlich ist. Im Ergebnis der überarbeiteten Vorprüfungen konnten für die Vorranggebiete VRW 04 Jüterbog-Altes Lager (EU-Vogelschutzgebiet „Truppenübungsplätze Jüterbog Ost und West“, FFH-Gebiet „Forst Zinna/Keilberg“), VRW 08 Kummersdorf-Gut (FFH-Gebiet „Kummersdorfer Heide/Breiter Steinbusch“), VRW 23 Dretzen (EU-

Vogelschutzgebiet „Altengrabower Heide“ (BB)), VRW 35 Jüterbog-Markendorf (Heidehof) (EU-Vogelschutzgebiet „Truppenübungsplätze Jüterbog Ost und West“, FFH-Gebiet Heidehof/Golmberg) sowie VRW 55 Brandenburg an der Havel-Nord (EU-Vogelschutzgebiet „Untere Havelniederung“) erhebliche Beeinträchtigungen auf die Erhaltungsziele des jeweiligen Natura-2000-Gebietes nicht sicher ausgeschlossen werden.

Aufgrund dieser (geänderten) Feststellungen wurden für die zuvor benannten Vorranggebiete Natura-2000-Gebiete Verträglichkeitsprüfungen durchgeführt.

Die Verträglichkeitsprüfungen beziehen sich auf die Auswirkungen der Planung, die auf Regionalplanungsebene erkennbar sind. Nachteilige Einwirkungen, die erst im Zuge einer Konkretisierung der Planung zu Tage treten, unterliegen einer projektbezogenen vertieften Verträglichkeitsprüfung auf der nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebene, in welcher auf Basis der dann bekannten Anlagenkonfiguration (genaue Lage der WEA, Rotorlänge, Rotordurchgang etc.) sowie aktueller Bestandserfassungen, die Natura-2000-Verträglichkeit mit den Erhaltungszielen des Natura-2000-Gebietes abschließend beurteilt werden können. Im Ergebnis der Verträglichkeitsprüfungen können auf der Maßstabsebene der Regionalplanung unter Berücksichtigung grundsätzlich geeigneter und fachlich anerkannter Minderungs- und Schadensbegrenzungsmaßnahmen erhebliche Beeinträchtigungen der Erhaltungsziele für die o.g. Natura-2000-Gebiete nicht festgestellt werden.

II.2.4.3 Schutzgut Boden und Fläche

In verschiedenen Stellungnahmen werden bodenschutzrechtliche Bedenken hinsichtlich der Errichtung von Windenergieanlagen geäußert. Diese betreffen vornehmlich:

- Die Errichtung und der Betrieb von Windenergieanlagen sind mit erheblichen Eingriffen in den Boden, beispielsweise durch Bodenversiegelungen, verbunden.
- Mit der Festlegung von Vorranggebieten wird gegen den gesetzlich vorgeschriebenen Erhalt und die Sicherung der natürlichen Bodenfunktionen sowie der Funktion als Archiv der Naturgeschichte verstoßen.
- Der Bodenschutz wird bei der Abwägung nicht berücksichtigt.

Zu diesen Einwänden werden folgende Feststellungen und Bewertungen getroffen:

Im Rahmen der Umweltprüfung werden Besondere Böden (LaPro Karte 3.2), Sensible Moore und Moorböden mit besonderer Funktionsausprägung (LaPro), Böden als wertvolle Archive der Naturgeschichte (LaPro Karte 3.2.1) und Bodendauerbeobachtungsflächen berücksichtigt.

Grundsätzlich erfolgt eine Erschließung von Standorten für die Errichtung von Windenergieanlagen ohne eine hohe Flächeninanspruchnahme (nur im Bereich der Anlagenstandorte sowie gegebenenfalls erforderlicher Erschließungsmaßnahmen).

Größere Überlagerungsbereiche von besonderen Böden (LaPro Karte 3.2) und Archivböden befinden sich in bereits mit Windenergieanlagen bestanden Vorranggebieten. Dazu ist zu berücksichtigen, dass sich durch das in diesen Gebieten anstehende Repowering die Anzahl der Windenergieanlagen und damit auch der Flächenbedarf für erforderliche Erschließungsanlagen verringern wird. Infolge des Repowerings tritt voraussichtlich eine Verringerung der Inanspruchnahme des Bodens ein. In den Vorranggebieten VRW 12 und VRW 45, bei denen es sich um bisher mit Windenergieanlagen unbebaute Gebiete handelt, werden besondere Böden gemäß LaPro (VRW 12, 45) bzw. Archivböden (VRW 45) überlagert. Da die Flächeninanspruchnahme pro Windenergieanlage relativ gering ist und Möglichkeiten zur Beschränkung, Minimierung oder Kompensation

der direkten Bodeninanspruchnahme von Besonderen Böden im nachgelagerten Genehmigungsverfahren bestimmt werden können, kann festgestellt werden, dass erhebliche Umweltauswirkungen nicht eintreten.

Bekannte Altlasten und Altlastenverdachtsflächen wurden nunmehr in die Steckbriefe des Anhangs C des Umweltberichtes übertragen. Aufgrund der zumeist geringfügigen Flächengröße sind diese Flächen im nachgeordneten Genehmigungsverfahren unter Einbezug konkreter Standorte zu berücksichtigen. Anhand der Dokumentation im Prüfsteckbrief können bereits Hinweise für die nachgeordnete Ebene gegeben werden.

Im Hinblick auf Schutzwürdige Auenböden aus Bodenschutzsicht, die der regionalen Planungsstelle auf Anfrage am 09.01.2024 vom Landesamt für Umwelt zur Verfügung gestellt wurden, konnte nach Prüfung festgestellt werden, dass eine Überlagerung der o.g. Auenböden mit den Vorranggebieten für die Windenergienutzung nicht besteht.

II.2.4.4 Schutzgut Kultur- und Sachgüter

Aus einigen Einwendungen geht hervor, dass Bodendenkmale und deren Schutzbereiche sowie raumwirksame Denkmale und deren Wirkungsbereiche zu berücksichtigen seien. Zudem wird mehrfach auf die Betroffenheit von Baudenkmalen hingewiesen, die ebenfalls im Umweltbericht zu erfassen seien.

Zu diesen Einwendungen werden folgende Feststellungen und Bewertungen getroffen:

Die Belange des Denkmalschutzes wurden durch die Regionale Planungsgemeinschaft im Umweltbericht angemessen berücksichtigt (Bodendenkmale und deren Denkmalbereiche, besonders landschaftsprägende Denkmale und deren Wirkbereiche). Eine abschließende Beurteilung der Umweltauswirkungen in Bezug auf die Denkmale ist an die konkrete Standortwahl für Windenergieanlagen gebunden.

Bodendenkmale sind nach § 1 des Brandenburgischen Denkmalschutzgesetzes (BbgDSchG) zu schützen. Neben den Denkmalbereichen selbst steht auch deren Umgebung unter Schutz und darf nicht verändert werden (§2 Abs. 3 BbgDSchG). Nach Informationen des Brandenburgischen Landesamtes für Denkmalpflege und Archäologisches Landesmuseum (BLDAM) ist davon auszugehen, dass neben den bekannten Bodendenkmalen eine übergroße Mehrheit, geschätzt 80% bis 90%, der tatsächlich existierenden Bodendenkmale noch unentdeckt im Erdboden verborgen sind. Zusätzlich zu den bekannten Bodendenkmalen können Bodendenkmal-Vermutungsbereiche ausgewiesen werden, die mit einer sehr hohen Wahrscheinlichkeit, d. h. begründet vermutet, noch unbekannte Bodendenkmale bergen.

Da Bodendenkmale ohne vorherige denkmalenschutzbehördliche Erlaubnis bzw. Erlaubnis durch Planfeststellung oder bauordnungsrechtliche Genehmigung und – im Falle erteilter Erlaubnis – ohne vorherige fachgerechte Bergung und Dokumentation nicht verändert bzw. zerstört werden dürfen, kann diese nur im Rahmen des Genehmigungsverfahrens mittels Kenntnis konkreter Standorte erteilt werden (§§ 7, 9, 11 BbgDSchG). Auch für die Bereiche, in denen Bodendenkmale begründet vermutet bzw. noch nicht registrierte Bodendenkmale entdeckt werden, müssen konkrete Standorte bekannt sein.

Zudem gilt in Bezug auf die Windenergienutzung gemäß § 9 Abs. 2 BbgDSchG, dass der Errichtung oder Veränderung von Windenergieanlagen Belange des Denkmalschutzes nicht entgegen stehen, soweit die Windenergieanlagen nicht in der Umgebung eines besonders landschaftsprägenden Denkmals errichtet oder verändert werden (Verwaltungsvorschrift des Ministeriums für Wissenschaft, Forschung und Kultur über die denkmalrechtliche Erlaubnisfähigkeit von Anlagen

zur Erzeugung und Nutzung erneuerbarer Energien (VV EED) vom 20. Juli 2023). Bei den Vorranggebieten VRW 38 und VRW 55 kommt es zu Überlagerungen der Wirkungsbereiche von raumwirksamen Denkmälern. Aufgrund der größeren Entfernung zu den betreffenden Denkmälern, kann eingeschätzt werden, dass erhebliche Beeinträchtigungen voraussichtlich nicht entstehen werden. Im Beteiligungsverfahren sind keine gegenteiligen Bewertungen mitgeteilt worden. Im Rahmen des nachgelagerten Genehmigungsverfahrens sind gegebenenfalls vertiefende Untersuchungen zur Ermittlung potenzieller Beeinträchtigungen der raumwirksamen Baudenkmale durchzuführen.

II.2.4.5 Schutzgut Wasser

In verschiedenen Stellungnahmen werden Bedenken hinsichtlich möglicher Auswirkungen auf das Grundwasser bzw. den Grundwasserkörper durch die Errichtung von Windenergieanlagen, insbesondere der Umgang mit wassergefährdenden Stoffen, geäußert. Auch artesisch gespannte Grundwasserdruckverhältnisse seien zu berücksichtigen. Des Weiteren wird auf Gefährdungen der Wasserschutzgebiete bzw. Trinkwasserschutzgebiete hingewiesen, die insbesondere bei der Inanspruchnahme von Waldflächen und einer Versiegelung der Fläche auftreten können.

Zu diesen Einwendungen werden folgende Feststellungen und Bewertungen getroffen:

Die Prüfung der artesisch gespannten Grundwasservorkommen in der Region ergab keine Überlagerung mit dem festgelegten Vorranggebieten des Sachlichen Teilregionalplans.

Erhebliche Auswirkungen auf das Grundwasser sind mit der Festlegung von Vorranggebieten für die Windenergienutzung zu erwarten, wenn durch die Planfestlegung eine Flächeninanspruchnahme innerhalb der Zonen I und II von Wasserschutzgebieten erfolgt. Wasserschutzzonen I und II werden aufgrund ihrer geringen Größe und ihrer Funktion und Bedeutung für die Sicherung der Trinkwasserversorgung der Bevölkerung nicht für eine Festlegung als Vorranggebiet für die Windenergienutzung in Betracht gezogen. Beeinträchtigungen sind demnach auszuschließen.

Mögliche Einschränkungen für die Errichtung von Windenergieanlagen aufgrund der (teilweisen) Lage in der Zone III der Wasserschutzgebiete wurden durch Sichtung der Wasserschutzgebietsverordnungen geprüft. Gemäß Schutzgebietsverordnung des Wasserschutzgebietes Ludwigsfelde sind innerhalb der weiteren Schutzzone (III) sämtliche Maßnahmen, Anlagen und Bauten, die eine Verunreinigung des Grundwassers durch Mineralöle und deren Nebenprodukte sowie nicht oder schwer abbaubare chemische Stoffe und radioaktive Substanzen hervorrufen oder begünstigen grundsätzlich nicht gestattet. Gemäß der Technischen Regeln (TGL), die mehrheitlich für die von den Vorranggebieten überlagerten Wasserschutzgebiete gelten (WSG Großbeuthen (VRW 36), WSG Kummersdorf-Gut/I (VRW 08), WSG Kaltenhausen (VRW 05) sind alle Maßnahmen, Bauten und Anlagen untersagt, die nicht eliminierbare Verunreinigungen und quantitative Beeinträchtigungen des genutzten Grundwassers hervorrufen können. Eine Unzulässigkeit der Errichtung von Windenergieanlagen in der Schutzzone III der o.g. Wasserschutzgebiete kann daraus nicht abgeleitet werden. Dass die Windenergienutzung nicht mit dem Schutzzweck der Wasserschutzgebiete zu vereinbaren ist, wird auch durch die unteren Wasserbehörden nicht mitgeteilt. Im Ergebnis kann festgestellt werden, dass die Wasserschutzgebietsverordnungen der Errichtung von Windenergieanlagen nicht entgegenstehen. Ferner könnten durch geeignete bauliche und betriebliche Schutzmaßnahmen, die im Anlagengenehmigungsverfahren festzulegen sind, erhebliche Beeinträchtigungen ausgeschlossen werden.

In Bezug auf die Grundwasserkörper müssen für eine konkrete Ermittlung und Bewertung der wasserrechtlichen Einschätzung die konkreten Wirkfaktoren, die anlage-, bau- und betriebsbedingt gegeben sind, bekannt sein, so dass eine detaillierte Prüfung auf Regionalplanebene nicht möglich ist. Diese muss ebenfalls auf der nachgelagerten Ebene erfolgen, soweit sie erforderlich ist.

II.3 Änderungsdokumentation

Auf der Grundlage der Auswertung der im Beteiligungsverfahren eingegangenen Stellungnahmen, konnte die Feststellung getroffen werden, dass Änderungen an den textlichen und zeichnerischen Festlegungen des Entwurfs des Sachlichen Teilregionalplans Windenergienutzung der Region Havelland-Fläming vom 15. Juni 2023 nicht erforderlich sind.

Einige Hinweise und Anregungen geben jedoch Anlass, die nachfolgend aufgeführten Änderungen an der Begründung des Entwurfs des Sachlichen Teilregionalplans vom 15. Juni 2023 vorzunehmen. Einige Änderungen betreffen auch den Abschnitt II des Textteils. Alle Änderungen dienen dem besseren Verständnis, der Klarstellung, der Konkretisierung bzw. der Aktualisierung. Die Festlegungen, das Planungskonzept und alle Bewertungen und Entscheidungen, die zu den Festlegungen geführt haben, bleiben unverändert. Redaktionelle Änderungen und Korrekturen werden nicht aufgeführt.

Änderungssynopse:

Rn.	Text Entwurf vom 15. Juni 2023	Text Satzungsfassung vom 6. Juni 2024
23	<u>Für Flächennutzungspläne im Gebiet der Region entfallen die</u> Rechtswirkungen gemäß § 35 Absatz 3 Satz 3 BauGB. Die betreffenden Flächennutzungspläne gelten im Übrigen fort, wenn nicht im Einzelfall die Grundzüge der Planung berührt werden. (§ 245e Absatz 1 BauGB)	<u>Mit Feststellung des Erreichens des regionalen Teilflächenziels entfallen zugleich die zunächst fortgeltenden</u> Rechtswirkungen eines Flächennutzungsplans nach § 35 Absatz 3 Satz 3 BauGB. Die betreffenden Flächennutzungspläne gelten im Übrigen fort, wenn nicht im Einzelfall die Grundzüge der Planung berührt werden. (§ 245e Absatz 1 BauGB)
28	Für die nach § 8 Absatz 1 ROG vorzunehmende Umweltprüfung wurde ein Untersuchungsrahmen erarbeitet. Den öffentlichen Stellen, deren umwelt- und gesundheitsbezogener Aufgabenbereich von den Umweltauswirkungen des Sachlichen Teilregionalplans Windenergienutzung berührt werden kann, war in der Zeit vom 2. Dezember 2022 bis zum 30. Januar 2023 Gelegenheit gegeben, zum Untersuchungsrahmen einschließlich des erforderlichen Umfangs und Detaillierungsgrads des Umweltberichts, Stellungnahme abzugeben. (§ 2a Absatz 1 RegBkPIG i. V. m. § 8 Absatz 1 ROG)	<p>Für die nach § 8 Absatz 1 ROG vorzunehmende Umweltprüfung wurde ein Untersuchungsrahmen erarbeitet. Den öffentlichen Stellen, deren umwelt- und gesundheitsbezogener Aufgabenbereich von den Umweltauswirkungen des Sachlichen Teilregionalplans Windenergienutzung berührt werden kann, war in der Zeit vom 2. Dezember 2022 bis zum 30. Januar 2023 Gelegenheit gegeben, zum Untersuchungsrahmen einschließlich des erforderlichen Umfangs und Detaillierungsgrads des Umweltberichts, Stellungnahme abzugeben. (§ 2a Absatz 1 RegBkPIG i. V. m. § 8 Absatz 1 ROG)</p> <p><u>Mit Beschluss Nr. 09/05/01 vom 15. Juni 2023 wurde der Entwurf des Sachlichen Teilregionalplans Windenergienutzung 2027 von der der Regionalversammlung gebilligt. Der Umweltbericht wurde von der Regionalversammlung zur Kenntnis genommen. Mit Beschluss Nr. 09/05/02 vom 15. Juni 2023 beschloss die Regionalversammlung, für den Entwurf des Sachlichen Teilregionalplans Windenergienutzung 2027 vom 15. Juni 2023, seine Begründung, den Umweltbericht sowie ergänzende Unterlagen das Beteiligungsverfahren und die öffentliche Auslegung nach § 9 Absatz 2 ROG in Verbindung mit § 2 Absatz 3 RegBkPIG durchzuführen.</u></p>

Rn.	Text Entwurf vom 15. Juni 2023	Text Satzungsfassung vom 6. Juni 2024
		<p><u>Der Entwurf des Sachlichen Teilregionalplans Windenergienutzung 2027 wurde mit seiner Begründung, dem Umweltbericht sowie ergänzenden Unterlagen vom 10. August 2023 bis einschließlich 10. Oktober 2023 bei der Regionalen Planungsgemeinschaft sowie den Landkreisen und den kreisfreien Städten der Region für jedermann zur kostenlosen Einsicht ausgelegt. Vom 10. August 2023 bis einschließlich 10. Oktober 2023 war der Öffentlichkeit sowie den nach § 2 Absatz 3 RegBk-PIG in ihren Belangen berührten öffentlichen Stellen Gelegenheit gegeben, zum Entwurf des Sachlichen Teilregionalplans Windenergienutzung 2027, zu seiner Begründung, dem Umweltbericht sowie den ergänzenden Unterlagen Stellungnahmen abzugeben. Die öffentliche Bekanntmachung über die Durchführung der öffentlichen Auslegung des Entwurfs des Sachlichen Teilregionalplans Windenergienutzung 2027 der Region Havelland-Fläming erfolgte im Amtsblatt für Brandenburg Nummer 30 vom 2. August 2023. Der Planentwurf mit seiner Begründung und der Umweltbericht sowie die ergänzenden Unterlagen konnten zudem im Internet auf der Webseite https://havelland-flaeming.de/regional-plan/entwurf-sachlicher-teilregionalplan-wind/ eingesehen werden. Auf diesen Sachverhalt wurde in der öffentlichen Bekanntmachung vom 2. August 2023 hingewiesen.</u></p>
31	<p>Zur Gewährleistung der Nachvollziehbarkeit des Erarbeitungsvorgangs sowie der Ergebnisse der Planung verfolgt die Regionale Planungsgemeinschaft das nachfolgend dargestellte Planungskonzept, das sich grundsätzlich an den Einschätzungen und Bewertungen, wie sie im Planungskonzept vom August 2020 [52] dargelegt sind, orientiert. Ein stufenweises Vorgehen anhand von Planungskriterien wird als zweckdienlich bewertet und beibehalten. Die Regionale Planungsgemeinschaft vertritt weiter die Einschätzung, dass die Unterscheidung zwischen Kriterien, die einheitlich im gesamten Planungsraum angewendet werden und solchen, bei denen orts- und einzelfallbezogene Entscheidungen vorzunehmen sind, eine effiziente Ermittlung der für die Festlegung als Vorranggebiet in Frage kommenden Flächen ermöglicht und zum Verständnis der vorgenommenen Bewertungen beiträgt. <u>Für die Beibehaltung einer stufenweisen Ausarbeitung des Planungskonzepts spricht auch, dass die Adressaten der Planung mit diesem methodischen Vorgehen</u></p>	<p>Zur Gewährleistung der Nachvollziehbarkeit des Erarbeitungsvorgangs sowie der Ergebnisse der Planung verfolgt die Regionale Planungsgemeinschaft das nachfolgend dargestellte Planungskonzept, das sich grundsätzlich an den Einschätzungen und Bewertungen, wie sie im Planungskonzept vom August 2020 [52] dargelegt sind, orientiert. Ein stufenweises Vorgehen anhand von Planungskriterien wird als zweckdienlich bewertet und beibehalten. Die Regionale Planungsgemeinschaft vertritt weiter die Einschätzung, dass die Unterscheidung zwischen Kriterien, die einheitlich im gesamten Planungsraum angewendet werden und solchen, bei denen orts- und einzelfallbezogene Entscheidungen vorzunehmen sind, eine effiziente Ermittlung der für die Festlegung als Vorranggebiet in Frage kommenden Flächen ermöglicht und zum Verständnis der vorgenommenen Bewertungen beiträgt. Für die Beibehaltung einer stufenweisen Ausarbeitung des Planungskonzepts spricht auch, dass die Adressaten der Planung mit diesem methodischen Vorgehen</p>

Rn.	Text Entwurf vom 15. Juni 2023	Text Satzungsfassung vom 6. Juni 2024
	vertraut sind und ein solches daher voraus- sichtlich auch erwarten.	vertraut sind und ein solches daher voraus- sichtlich auch erwarten.
38	Die Städte und Gemeinden werden die Windenergienutzung aufgrund des § 245e BauGB nach Ablauf einer Übergangsfrist <u>nicht mehr verbindlich</u> steuern können. In Bezug auf die Berücksichtigung der kommunalen Entwicklungsabsichten soll daher bei der Festlegung von Vorranggebieten für die Windenergienutzung besondere Sorgfalt aufgewendet werden. Bei der Abwägung zwischen Gebieten, die gleichermaßen für die Errichtung von Windenergieanlagen in Frage kommen, soll denjenigen Standorten, die durch die Belegenheitskommune (am ehesten) unterstützt werden, bei der Festlegung als Vorranggebiet der Vorzug gegeben werden.	Die Städte und Gemeinden werden die Windenergienutzung aufgrund <u>von § 249 Absatz 1</u> und § 245e BauGB nach Ablauf einer Übergangsfrist nicht <u>mehr nach § 35 Absatz 3 Satz 3 BauGB</u> steuern können. In Bezug auf die Berücksichtigung der kommunalen Entwicklungsabsichten soll daher bei der Festlegung von Vorranggebieten für die Windenergienutzung besondere Sorgfalt aufgewendet werden. Bei der Abwägung zwischen Gebieten, die gleichermaßen für die Errichtung von Windenergieanlagen in Frage kommen, soll denjenigen Standorten, die durch die Belegenheitskommune (am ehesten) unterstützt werden, bei der Festlegung als Vorranggebiet der Vorzug gegeben werden.
40	Im Gebiet der Region Havelland-Fläming befinden sich zum Zeitpunkt der Planaufstellung etwa 800 Windenergieanlagen in Betrieb. Das Durchschnittsalter dieser Anlagen <u>parks</u> beträgt etwa 15 Jahre. An Standorten, an denen Windenergieanlagen errichtet wurden, sind die damit verbunden negativen Auswirkungen – wie beispielsweise die Beeinträchtigung des Landschaftsbilds oder die Belastung durch Immissionen – bereits eingetreten. Auf diesen Zustand kann durch die Festlegung von Vorranggebieten für die Windenergienutzung aufgrund der Bestimmungen des § 249 Absatz 3 BauGB kein Einfluss genommen werden. Um die Inanspruchnahme von bislang nicht mit Windenergieanlagen bebauten Flächen soweit wie möglich zu vermeiden, sollen Flächen, auf denen bereits Windenergieanlagen angesiedelt sind, bei der Festlegung von Vorranggebieten für die Windenergienutzung in der Abwägung mit unbebauten Flächen vorrangig berücksichtigt werden.	Im Gebiet der Region Havelland-Fläming befinden sich zum Zeitpunkt der Planaufstellung etwa 800 Windenergieanlagen in Betrieb. Das Durchschnittsalter dieser Anlagen <u>parks</u> beträgt etwa 15 Jahre. An Standorten, an denen Windenergieanlagen errichtet wurden, sind die damit verbunden negativen Auswirkungen – wie beispielsweise die Beeinträchtigung des Landschaftsbilds oder die Belastung durch Immissionen – bereits eingetreten. Auf diesen Zustand kann durch die Festlegung von Vorranggebieten für die Windenergienutzung aufgrund der Bestimmungen des § 249 Absatz 3 BauGB <u>zumindest bis zum 31.12.2030</u> kein Einfluss genommen werden. Um die Inanspruchnahme von bislang nicht mit Windenergieanlagen bebauten Flächen soweit wie möglich zu vermeiden, sollen Flächen, auf denen bereits Windenergieanlagen angesiedelt sind, bei der Festlegung von Vorranggebieten für die Windenergienutzung in der Abwägung mit unbebauten Flächen vorrangig berücksichtigt werden.
43	Vorranggebiete für die Windenergienutzung dienen der Verwirklichung von Vorhaben für die Erforschung, Entwicklung oder Nutzung der Windenergie. Andere raumbedeutsame Funktionen oder Nutzungen werden in diesen Gebieten ausgeschlossen, soweit diese nicht mit der Windenergienutzung vereinbar sind. Die Wirkung der Vorranggebiete beschränkt sich daher auf eine positive Nutzungszuweisung zugunsten der Windenergie auf der festgelegten Fläche. Eine darüber hinausgehende innergebietliche Steuerung in dem Sinn, dass Anlagenstandorte oder	Vorranggebiete für die Windenergienutzung dienen der Verwirklichung von Vorhaben für die Erforschung, Entwicklung oder Nutzung der Windenergie. Andere raumbedeutsame Funktionen oder Nutzungen werden in diesen Gebieten ausgeschlossen, soweit diese nicht mit der Windenergienutzung vereinbar sind. Die Wirkung der Vorranggebiete beschränkt sich daher auf eine positive Nutzungszuweisung zugunsten der Windenergie auf der festgelegten Fläche. Eine darüber hinausgehende innergebietliche Steuerung in dem Sinn, dass Anlagenstandorte oder

Rn.	Text Entwurf vom 15. Juni 2023	Text Satzungsfassung vom 6. Juni 2024
	Anlagenparameter bestimmt werden, wird nicht bewirkt. <u>Höhenbeschränkungen sind nach § 4 Absatz 1 Satz 5 WindBG ausgeschlossen.</u>	Anlagenparameter bestimmt werden, wird nicht bewirkt. Höhenbeschränkungen sind nach § 4 Absatz 1 Satz 5 WindBG ausgeschlossen.
57	Windenergieanlagen sind Bauwerke, die aufgrund ihrer Parameter und der von ihnen während des Betriebs verursachten Auswirkungen nicht in jeder Umgebung zugelassen werden können. Flächen, in denen der Errichtung und dem Betrieb von Windenergieanlagen nach Einschätzung der Regionalen Planungsgemeinschaft <u>voraussichtlich rechtliche Gründe entgegenstehen</u> , werden für eine Festlegung als Vorranggebiet allgemein nicht in Betracht gezogen.	Windenergieanlagen sind Bauwerke, die aufgrund ihrer Parameter und der von ihnen während des Betriebs verursachten Auswirkungen nicht in jeder Umgebung zugelassen werden können. Flächen, auf denen für die Errichtung und den Betrieb von Windenergieanlagen nach Einschätzung der Regionalen Planungsgemeinschaft <u>voraussichtlich rechtliche Hindernisse bestehen</u> , werden für eine Festlegung als Vorranggebiet allgemein nicht in Betracht gezogen.
62	Es kann hingegen nicht sicher davon ausgegangen werden, dass die Errichtung von Windenergieanlagen in Industriegebieten allgemein ausgeschlossen ist. Zwar gilt auch in Industriegebieten die Gewährleistung der gesunden Arbeitsverhältnisse und der Sicherheit der Arbeitsbevölkerung, allerdings mit geringeren Anforderungen. Auch wenn Windenergieanlagen aufgrund ihrer Größe und der durch sie bewirkten Emissionen ein hohes städtebauliches Konfliktpotenzial aufweisen, <u>kann nicht sicher ausgeschlossen werden, dass ihre Errichtung im Einzelfall oder ausnahmsweise auch in bestehenden Industriegebieten zulässig sein kann. Diese Entscheidung kann daher der orts- und einzelfallbezogenen Prüfung überlassen bleiben.</u>	<u>Nach § 8 Absatz 2 Nummer 1 bzw. § 9 Absatz 2 Nummer 1 der Verordnung über die bauliche Nutzung der Grundstücke (Baunutzungsverordnung - BauNVO) sind Windenergieanlagen auch in Gewerbegebieten und Industriegebieten zulässig. Die Regionale Planungsgemeinschaft schätzt jedoch ein, dass der Betrieb von Windenergieanlagen in Gewerbegebieten mit den immissionsschutzrechtlichen Anforderungen (siehe Rn. 63 und 69) in der Regel nicht vereinbar ist. Gewerbegebiete werden daher allgemein nicht für eine Festlegung von Vorranggebieten für die Windenergienutzung in Betracht gezogen. Diese Bewertung kann nicht für Industriegebiete vorgenommen werden.</u> Zwar gilt auch in Industriegebieten die Gewährleistung der gesunden Arbeitsverhältnisse und der Sicherheit der Arbeitsbevölkerung, allerdings mit geringeren Anforderungen. (siehe Rn. 63, 69 und 73) Auch wenn Windenergieanlagen aufgrund ihrer Größe und der durch sie bewirkten Emissionen ein hohes städtebauliches Konfliktpotenzial aufweisen, <u>kann angenommen werden, dass ihre Errichtung im Einzelfall oder ausnahmsweise auch in bestehenden Industriegebieten zulässig sein kann. Die Berücksichtigung von Flächen in Industriegebieten kann daher der orts- und einzelfallbezogenen Prüfung überlassen bleiben.</u>
73	Aus den Berechnungen ergibt sich auch, dass bei Industriegebieten keine Abstandszonen zu berücksichtigen sind, da sich <u>der</u> Immissionsort direkt am Turmfuß der Windenergieanlage befindet.	Aus den Berechnungen ergibt sich auch, dass bei Industriegebieten keine Abstandszonen zu berücksichtigen sind, da sich <u>ein immissionsschutzrechtlich zulässigerer</u> Immissionsort direkt am Turmfuß der Windenergieanlage befinden würde.
90	Die Entscheidung, bestimmte Flächen allgemein für eine Festlegung als Vorranggebiete <u>auszuschließen</u> , liegt im Ermessen der	Die Entscheidung, bestimmte Flächen für eine Festlegung als Vorranggebiet <u>allgemein nicht in Betracht zu ziehen</u> , liegt im Ermessen

Rn.	Text Entwurf vom 15. Juni 2023	Text Satzungsfassung vom 6. Juni 2024
	Regionalen Planungsgemeinschaft, soweit diese Entscheidung inhaltlich plausibel und begründet ist. Allgemein können alle Bereiche ausgeschlossen werden, die zu unerwünschten Nutzungskonflikten mit technischen, ökologischen oder raumordnungspolitischen Aspekten führen würden ([57] Rn. 107). Anhand der nachfolgend aufgeführten Kriterien bestimmt die Regionale Planungsgemeinschaft weitere Flächen, die für eine Festlegung als Vorranggebiet für die Windenergienutzung allgemein nicht in Betracht gezogen werden:	der Regionalen Planungsgemeinschaft, soweit diese Entscheidung inhaltlich plausibel und begründet ist. Allgemein können alle Bereiche ausgeschlossen werden, die zu unerwünschten Nutzungskonflikten mit technischen, ökologischen oder raumordnungspolitischen Aspekten führen würden ([57] Rn. 107). Anhand der nachfolgend aufgeführten Kriterien bestimmt die Regionale Planungsgemeinschaft weitere Flächen, die für eine Festlegung als Vorranggebiet für die Windenergienutzung allgemein nicht in Betracht gezogen werden:
150	In Flächennutzungsplänen können auch Festlegungen für die Errichtung von Windenergieanlagen getroffen sein, die mit der Rechtswirkung des § 35 Absatz 3 Satz 3 BauGB verbunden sind. Nach § 245e Absatz 1 Satz 1 und 2 BauGB, entfällt diese Rechtswirkung mit der Feststellung des Erreichens des regionalen Teilflächenziels durch den Regionalplan, spätestens aber mit Ablauf des 31. Dezember 2027. Der Flächennutzungsplan gilt im Übrigen fort. Flächen, die in Flächennutzungsplänen für die Errichtung von Windenergieanlagen festgelegt sind, sind daher bevorzugt für eine Festlegung als Vorranggebiet für die Windenergienutzung in Betracht zu ziehen. Unabhängig von dem drohenden Verlust der Rechtswirkung nach § 35 Absatz 3 Satz 3 BauGB, ist der durch den jeweiligen Flächennutzungsplan ausgedrückte Wille der Kommune, Windenergieanlagen an anderer Stelle des Gemeindegebiets nicht zulassen zu wollen, bei der Festlegung von Vorranggebieten für die Windenergienutzung zu berücksichtigen. Das gilt insbesondere dann, wenn zwischen alternativen Standorten zu entscheiden ist oder wenn das regionale Teilflächenziel auch auf andere Weise erreicht werden kann.	In Flächennutzungsplänen können auch Festlegungen für die Errichtung von Windenergieanlagen getroffen sein, die mit der Rechtswirkung des § 35 Absatz 3 Satz 3 BauGB verbunden sind. Nach § 245e Absatz 1 Satz 1 und 2 BauGB, entfällt diese Rechtswirkung mit der Feststellung des Erreichens des regionalen Teilflächenziels durch den Regionalplan, spätestens aber mit Ablauf des 31. Dezember 2027. Der Flächennutzungsplan gilt im Übrigen fort. Flächen, die in Flächennutzungsplänen für die Errichtung von Windenergieanlagen festgelegt sind, sind daher bevorzugt für eine Festlegung als Vorranggebiet für die Windenergienutzung in Betracht zu ziehen. Unabhängig vom dem drohenden Verlust der Rechtswirkung nach § 35 Absatz 3 Satz 3 BauGB, ist der durch den jeweiligen Flächennutzungsplan ausgedrückte Wille der Kommune, Windenergieanlagen an anderer Stelle des Gemeindegebiets nicht zulassen zu wollen, bei der Festlegung von Vorranggebieten für die Windenergienutzung zu berücksichtigen. Das gilt insbesondere dann, wenn zwischen alternativen Standorten zu entscheiden ist oder wenn das regionale Teilflächenziel auch auf andere Weise erreicht werden kann.
153	Der Bundesgesetzgeber hat die Maßstäbe, nach denen fachlich zu beurteilen ist, ob nach § 44 Absatz 5 Satz 2 Nummer 1 BNatSchG das Tötungs- und Verletzungsrisiko für Exemplare kollisionsgefährdeter Brutvogelarten im Umfeld ihrer Brutplätze durch den Betrieb von Windenergieanlagen signifikant erhöht ist, im § 45b BNatSchG abschließend geregelt. <u>Für die in Abschnitt 1 der Anlage 1 zu § 45b Absatz 1 bis 5 BNatSchG benannten Vogelarten ist der Brandenburger Erlass zur Beachtung naturschutzfachlicher Belange vom 01.01.2011 [16] aufgrund der vom</u>	Der Bundesgesetzgeber hat die Maßstäbe, nach denen fachlich zu beurteilen ist, ob nach § 44 Absatz 5 Satz 2 Nummer 1 BNatSchG das Tötungs- und Verletzungsrisiko für Exemplare kollisionsgefährdeter Brutvogelarten im Umfeld ihrer Brutplätze durch den Betrieb von Windenergieanlagen signifikant erhöht ist, im § 45b BNatSchG abschließend geregelt. <u>Für das Land Brandenburg sind die Anforderungen an die Berücksichtigung artenschutzrechtlicher Belange im Erlass zum Artenschutz in Genehmigungsverfahren für Windenergieanlagen (AGW-Erlass) vom 7. Juni 2023 konkretisiert. [17] Für die in</u>

Rn.	Text Entwurf vom 15. Juni 2023	Text Satzungsfassung vom 6. Juni 2024
	<u>Bundesgesetzgeber getroffenen Entscheidungen nicht mehr anzuwenden.</u>	Abschnitt 1 der Anlage 1 zu § 45b Absatz 1 bis 5 BNatSchG benannten Vogelarten ist Der Brandenburger Erlass zur Beachtung naturschutzfachlicher Belange vom 01.01.2011 [16] ist mit Ausnahme der Anlage 4 (Niststättenerlass) aufgrund der vom Bundesgesetzgeber getroffenen Entscheidungen nicht mehr anzuwenden in Kraft. ([17] Seite 22)
156	Der zentrale Prüfbereich ist aufgrund der vom Bundesgesetzgeber aufgestellten Regelungnahme, dass ein signifikant erhöhtes Tötungsrisiko gegeben ist, allgemein nicht für die Festlegung als Vorranggebiet für die Windenergienutzung in Betracht zu ziehen. Die Regionale <u>Planungsstelle</u> geht davon aus, dass die <u>Nachweise</u> nach § 45b Absatz 3 Nummer 1 und Nummer 2 BNatSchG, dass ein signifikant erhöhtes Tötungsrisiko im Einzelfall nicht vorliegt, im Rahmen der Aufstellung des Regionalplans in der Regel <u>nicht mit ausreichender Verlässlichkeit erbracht werden können</u> . Mögliche Abweichungen vom Regelfall sind auf der Grundlage der Bewertung durch die zuständige Naturschutzbehörde zu prüfen.	Der zentrale Prüfbereich ist aufgrund der vom Bundesgesetzgeber aufgestellten Regelungnahme, dass ein signifikant erhöhtes Tötungsrisiko gegeben ist, allgemein nicht für die Festlegung als Vorranggebiet für die Windenergienutzung in Betracht zu ziehen. Die Regionale <u>Planungsstelle Planungsgemeinschaft</u> geht <u>in Übereinstimmung mit den Empfehlungen des Ministeriums für Landwirtschaft, Umwelt und Klimaschutz [41]</u> davon aus, dass die <u>Feststellungen</u> nach § 45b Absatz 3 Nummer 1 und Nummer 2 BNatSchG, dass ein signifikant erhöhtes Tötungsrisiko im Einzelfall nicht vorliegt, im Rahmen der Aufstellung des Regionalplans <u>nur in Ausnahmefällen in Betracht gezogen werden können</u> . Mögliche Abweichungen vom Regelfall sind auf der Grundlage der Bewertung durch die zuständige Naturschutzbehörde zu prüfen.
161	Weitere artenschutzrechtliche Belange werden auf der Grundlage der Anlage 1 <u>des Entwurfs des Erlasses zu Anwendung der §§ 45b bis 45d BNatSchG vom 03.04.2023 [17]</u> berücksichtigt. Maßstab der Entscheidung ist die Bewertung durch die zuständige Naturschutzbehörde.	Weitere artenschutzrechtliche Belange werden auf der Grundlage der Anlage 1 <u>des Erlasses zum Artenschutz in Genehmigungsverfahren für Windenergieanlagen (AGW-Erlass) [17]</u> berücksichtigt. Maßstab der Entscheidung ist die Bewertung durch die zuständige Naturschutzbehörde.
162	Nach der Anlage 3 des Entwurfs des Erlasses <u>vom 03.04.2023 [17]</u> wird die artenschutzrechtliche Betroffenheit von Fledermausarten bei der Planung und Genehmigung von Windenergieanlagen festgestellt und durch die Anordnung geeigneter Vermeidungsmaßnahmen berücksichtigt. Die Bewältigung von möglichen Konflikten mit gefährdeten Fledermausarten ist auf diese Weise vollständig auf das nachgeordnete Anlagengenehmigungsverfahren verlagert. Eine Berücksichtigung auf der Ebene der Regionalplanung ist nicht erforderlich und findet nicht statt. Diese Einschätzungen stehen in Übereinstimmung mit den dazu vorläufig ergangenen Empfehlungen des Ministeriums für Landwirtschaft, Umwelt und Klimaschutz. [41]	Nach der Anlage 3 <u>des AGW-Erlasses [17]</u> wird die artenschutzrechtliche Betroffenheit von Fledermausarten bei der Planung und Genehmigung von Windenergieanlagen festgestellt und durch die Anordnung geeigneter Vermeidungsmaßnahmen berücksichtigt. Die Bewältigung von möglichen Konflikten mit gefährdeten Fledermausarten ist auf diese Weise vollständig auf das nachgeordnete Anlagengenehmigungsverfahren verlagert. Eine Berücksichtigung auf der Ebene der Regionalplanung ist nicht erforderlich und findet nicht statt. Diese Einschätzungen stehen in Übereinstimmung mit den dazu vorläufig ergangenen Empfehlungen des Ministeriums für Landwirtschaft, Umwelt und Klimaschutz. [41]
188	Außerhalb von Landschaftsschutzgebieten wird die Erheblichkeit der Beeinträchtigung des Landschaftsbilds durch die Errichtung	Außerhalb von Landschaftsschutzgebieten wird die Erheblichkeit der Beeinträchtigung des Landschaftsbilds durch die Errichtung

Rn.	Text Entwurf vom 15. Juni 2023	Text Satzungsfassung vom 6. Juni 2024
	von Windenergieanlagen auf der Grundlage der in Karte 2 des sachlichen Teilplans „Landschaftsbild“ dargestellten Bewertungen bei der Festlegung von Vorranggebieten für die Windenergienutzung berücksichtigt. [43]	von Windenergieanlagen auf der Grundlage der in Karte 2 des sachlichen Teilplans „Landschaftsbild“ dargestellten Bewertungen bei der Festlegung von Vorranggebieten für die Windenergienutzung berücksichtigt. [43] <u>Eine Betroffenheit kann auf dieser Grundlage festgestellt werden, wenn die Qualität des Landschaftsbilds als „hoch“ oder „sehr hoch“ bewertet ist.</u>
211	<u>Die Landesregierung Brandenburg hat am 07.03.2023 dem Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Brandenburgischen Denkmalschutzgesetzes zugestimmt. [38] Durch dieses Gesetz sollen dem § 9 Absatz 2 BbgDSchG unter anderem folgende Sätze hinzugefügt werden:</u>	<u>Mit Änderung des Brandenburgischen Denkmalschutzgesetzes vom 24.06.2023 wurden folgende Bestimmungen in den § 9 Absatz 2 BbgDSchG aufgenommen:</u>
212	<u>In der Begründung des Gesetzentwurfs wird dazu erläutert:</u> <u>„Die Genehmigungsfähigkeit von Windenergieanlagen wird vereinfacht, da denkmalpflegerische Belange nur noch bei besonders landschaftsprägenden Denkmalen entgegengehalten werden können. Bei allen anderen Denkmalen kann die Genehmigung nicht aufgrund entgegenstehender denkmalfachlicher Belange versagt werden; bei diesen Denkmalen wird insbesondere zu beurteilen sein, ob und inwieweit ein Eingriff in denkmalgeschützte Substanz vorgesehen ist und wie dieser Eingriff durch geeignete Nebenbestimmungen reduziert werden kann, z. B. durch die Anordnung begleitender archäologischer oder denkmalfachlicher Untersuchungen, Dokumentationen und Bergungen.“ ([38] Seite 2, 3)</u>	<u>In der Verwaltungsvorschrift des Ministeriums für Wissenschaft, Forschung und Kultur über die denkmalschutzrechtliche Erlaubnisfähigkeit von Anlagen zur Erzeugung und Nutzung erneuerbarer Energien (VV EED), die aufgrund des § 9 Abs. 2 Satz 4 BbgDSchG erlassen wurde, wird dazu erläutert:</u> <u>„Der Errichtung oder Veränderung von Windenergieanlagen können Belange der Denkmalpflege nur noch dann entgegengehalten werden, soweit die Windenergieanlagen in der Umgebung eines besonders landschaftsprägenden Denkmals errichtet oder verändert werden sollen. Bei allen anderen Denkmalen darf die Genehmigung zur Errichtung oder Veränderung von Windenergieanlagen nicht aufgrund entgegenstehender Belange der Denkmalpflege versagt werden; bei diesen Denkmalen ist insbesondere zu beurteilen, ob und inwieweit ein Eingriff in denkmalgeschützte Substanz vorgesehen ist und wie dieser Eingriff durch geeignete Nebenbestimmungen reduziert werden kann. In Betracht kommen zum Beispiel die Anordnung begleitender archäologischer oder denkmalfachlicher Untersuchungen, Dokumentationen und Bergungen.“ ([29] S. 764)</u>
213	<u>Eine vorläufige Liste der besonders landschaftsprägenden Denkmale wurde der Regionalen Planungsgemeinschaft vom Brandenburgischen Landesamt für Denkmalpflege und Archäologisches Landesmuseum (BLDAM) unter der Bezeichnung „Denkmale mit besonderem Raumbezug“ am 29.01.2023 übermittelt.</u>	<u>Eine Liste der besonders landschaftsprägenden Denkmale bzw. Denkmale mit besonderem Raumbezug hinsichtlich der Planung von Windenergieanlagen ist im Anhang der Verwaltungsvorschrift des Ministeriums für Wissenschaft, Forschung und Kultur über die denkmalschutzrechtliche Erlaubnisfähigkeit von Anlagen zur Erzeugung und Nutzung erneuerbarer Energien (VV EED) ([29] Seite 765) veröffentlicht.</u>

Rn.	Text Entwurf vom 15. Juni 2023	Text Satzungsfassung vom 6. Juni 2024
214	<p><u>Mit Nachricht des Landesamts für Denkmalpflege und Archäologisches Landesmuseum, Referat Gartendenkmalpflege, vom 27.02.2023 wurden der Regionalen Planungsgemeinschaft zudem sogenannte „Wirkungsräume“ für die im Gebiet der Region gelegenen besonders landschaftsprägenden Denkmale mitgeteilt. Das Landesamt trifft zu diesen Wirkungsräumen in gleicher Nachricht die folgenden Aussagen:</u></p> <p><u>„Die nun von uns für die jeweiligen, besonders raumgeprägten Denkmale ermittelten Wirkungsräume sind die Bereiche, welche für das Erscheinungsbild und die Denkmalbegründung wichtig sind und in denen hohe Windenergieanlagen den Denkmalwert der jeweiligen Denkmale erheblich beeinträchtigen können. Innerhalb dieser Flächen sollten somit keine neuen Windvorranggebiete ausgewiesen oder neue Windenergieanlagen errichtet werden.“</u></p>	<p><u>Zudem stellt das Landesamt für Denkmalpflege und Archäologisches Landesmuseum sogenannte „Wirkungsräume“ für die besonders landschaftsprägenden Denkmale auf der Homepage der Denkmalschutzbehörde zur Verfügung. Zu den Wirkungsräumen werden in der VV EED folgende Aussagen getroffen:</u></p> <p><u>„Für jedes als besonders landschaftsprägend eingestuftes Denkmal wird durch die Denkmalfachbehörde der Wirkungsraum ermittelt, innerhalb dessen das Denkmal durch neue Windenergieanlagen erheblich beeinträchtigt werden kann. [...]</u></p> <p><u>Die Wirkungsräume entfalten keine Ausschlusswirkung für die Ausweisung von Windenergiegebieten und die Errichtung oder Veränderung von Windenergieanlagen. Sollen innerhalb dieser Wirkungsräume Windenergieanlagen errichtet oder verändert werden, sind dafür im Rahmen des Genehmigungsverfahrens vertiefende Untersuchungen erforderlich. Aus diesen soll sich der jeweils zu erwartende Einfluss auf das Denkmal und damit der Grad einer zu erwartenden Beeinträchtigung ermitteln lassen. Bei Vorhaben zum Repowering von Windenergieanlagen wird dabei lediglich die Mehrbelastung untersucht (Deltaprüfung). Grundlage für die vertiefenden Untersuchungen ist die „Aufgabenstellung für die Ermittlung der Auswirkung geplanter Windkraftanlagen (WKA) auf Bau- und Gartendenkmale“ der Denkmalfachbehörde in der jeweils aktuellen Fassung.“ ([29], S. 764)</u></p>
215	<p><u>Da mit dem Inkrafttreten des Gesetzes zur Änderung des Brandenburgischen Denkmalschutzgesetzes noch vor Beschluss über die Satzung zum Sachlichen Teilregionalplan Windenergienutzung gerechnet werden kann, sind die Belange des Denkmalschutzes bei der Festlegung von Vorranggebieten für die Windenergienutzung auf der Grundlage der zuvor dargestellten (veränderten) Rechtslage zu berücksichtigen.</u></p>	<p><u>Die Belange des Denkmalschutzes sind bei der Festlegung von Vorranggebieten für die Windenergienutzung auf der Grundlage der zuvor dargestellten Rechtslage zu berücksichtigen. Dabei kann die allgemeine Bewertung vorgenommen werden, dass bei Flächen, die nicht in einem Wirkungsraum eines als besonders landschaftsprägend eingestuften Denkmals gelegen sind, Belange des Denkmalschutzes der Windenergienutzung nicht entgegenstehen. Bei Flächen innerhalb dieser Wirkungsräume, ist eine allgemeine Prognose in Bezug auf die Rahmen des Genehmigungsverfahrens durchzuführenden vertiefenden Untersuchungen abzugeben.</u></p>
232	<p>Die gesetzliche Rechtsfolge, dass beim Erreichen des regionalen Teilflächenziels, über die rechtliche Zulässigkeit der Errichtung von Windenergieanlagen außerhalb von Vorranggebieten für die Windenergienutzung nach §</p>	<p>Die gesetzliche Rechtsfolge, dass beim Erreichen des regionalen Teilflächenziels, über die rechtliche Zulässigkeit der Errichtung von Windenergieanlagen außerhalb von Vorranggebieten für die Windenergienutzung nach §</p>

Rn.	Text Entwurf vom 15. Juni 2023	Text Satzungsfassung vom 6. Juni 2024
	35 Absatz 2 BauGB zu entscheiden ist (bauplanungsrechtliche Entprivilegierung), tritt für Vorhaben des Repowerings im Sinne des § 16b Absatz 1 und 2 des BImSchG regelmäßig nicht ein. (§ 249 Absatz 3 Satz 1 BauGB)	35 Absatz 2 BauGB zu entscheiden ist (bauplanungsrechtliche Entprivilegierung), tritt <u>bis zum Ablauf des 31. Dezember 2030</u> für Vorhaben des Repowerings im Sinne des § 16b Absatz 1 und 2 des BImSchG regelmäßig nicht ein. (§ 249 Absatz 3 Satz 1 BauGB)
233	<u>Die Entscheidung, ob außerhalb von Vorranggebieten befindliche Windenergieanlagen nach Ende der Betriebszeit ersatzlos zurückgebaut werden oder ob diese Anlagen durch leistungsfähigere Anlagen ersetzt werden, kann daher durch die Festlegung von Vorranggebieten für die Windenergienutzung nicht beeinflusst werden.</u>	<p><u>Nach Einschätzung der Regionalen Planungsgemeinschaft kann – trotz der befristeten Wirksamkeit der Regelung des § 249 Absatz 3 Satz 1 BauGB – der Sachverhalt, ob außerhalb von Vorranggebieten befindliche Windenergieanlagen nach Ende der Betriebszeit ersatzlos zurückgebaut werden oder ob diese Anlagen durch leistungsfähigere Anlagen ersetzt werden, durch die Festlegung von Vorranggebieten im Sachlichen Teilregionalplan Windenergienutzung 2027 nicht wirksam beeinflusst werden.</u></p> <p><u>Die Regionale Planungsgemeinschaft kann nicht davon ausgehen, dass Windenergieanlagen, die nicht in Vorranggebiete einbezogen sind, bis zum 31.12.2030 betrieben und danach zurückgebaut werden. Der Zeitpunkt eines Repowerings kann von der Regionalen Planungsgemeinschaft nicht prognostiziert werden. Diese Entscheidungen werden von den Unternehmen nach (veränderlichen) markt- und betriebswirtschaftlichen Bewertungen getroffen. Es kann daher nicht von einem pauschalen Wert für die „Lebensdauer“ von Windenergieanlagen ausgegangen werden. Die erheblich höhere Leistungsfähigkeit moderner Windenergieanlagen stellt einen starken wirtschaftlichen Anreiz dar, ältere Windenergieanlagen (frühzeitig) zu ersetzen.</u></p>
234	Da an Standorten, an denen Windenergieanlagen errichtet sind, die damit verbundenen negativen Auswirkungen – wie beispielsweise die Beeinträchtigung des Landschaftsbilds oder die Belastung durch Immissionen – bereits eingetreten sind und auf diesen Zustand durch die Festlegung von Vorranggebieten für die Windenergienutzung kein Einfluss genommen werden kann, werden Gebiete, in denen Windenergieanlagen bereits angesiedelt sind, bei der Festlegung von Vorranggebieten für die Windenergienutzung in der Abwägung mit unbebauten Standorten vorrangig in Betracht gezogen.	Da an Standorten, an denen Windenergieanlagen errichtet sind, die damit verbundenen negativen Auswirkungen – wie beispielsweise die Beeinträchtigung des Landschaftsbilds oder die Belastung durch Immissionen – bereits eingetreten sind und auf diesen Zustand durch die Festlegung von Vorranggebieten für die Windenergienutzung kein Einfluss genommen werden kann, werden Gebiete, in denen Windenergieanlagen bereits angesiedelt sind, bei der Festlegung von Vorranggebieten für die Windenergienutzung in der Abwägung mit unbebauten Standorten vorrangig in Betracht gezogen, <u>soweit diese Gebiete nach den Plankriterien für eine Festlegung als Vorranggebiet in Betracht kommen.</u>
236	Für Freileitungen über 45 kV sind Mindestabstände zu Windenergieanlagen in der Norm DIN EN 50341-3-4 (VDE 0210-3) dargelegt.	Für Freileitungen über 45 kV sind Mindestabstände zu Windenergieanlagen in der Norm DIN EN 50341-2-4 (VDE 0210-2-4) dargelegt.

Rn.	Text Entwurf vom 15. Juni 2023	Text Satzungsfassung vom 6. Juni 2024
	Demnach ist bei Freileitungen ohne Schwingungsschutzmaßnahmen ein Abstand entsprechend dem dreifachen Rotordurchmesser vorzusehen. <u>Sind Schwingungsschutzmaßnahmen installiert, ist als Mindestabstand der einfache Rotordurchmesser zu berücksichtigen. Wenn sichergestellt ist, dass die Freileitung außerhalb der Nachlaufströmung der Anlage liegt, kann auf schwingungsdämpfende Maßnahmen verzichtet werden.</u>	Demnach ist bei Freileitungen ohne Schwingungsschutzmaßnahmen ein Abstand entsprechend dem dreifachen Rotordurchmesser vorzusehen. <u>Für Windenergieanlagen mit einem geringeren Abstand als dem dreifachen Rotordurchmesser zu Freileitungen sind Untersuchungen zum Nachweis der Nachlaufströmung von Windenergieanlagen entsprechend der DIN EN 50341-2-4, Punkt 5.9.3 DE.2.2. erforderlich.</u>
237	<u>Als Mindestabstand für Freileitungen aller Spannungsebenen gilt, dass bei ungünstigster Stellung des Rotors die Blattspitze nicht in den Schutzstreifen der Freileitung ragen soll.</u>	<u>Für Windenergieanlagen mit einem geringeren Abstand als dem dreifachen Rotordurchmesser gilt die DIN EN 50341-2-4, Punkt 5.9.3 DE.2.1. Danach ist zwischen dem äußersten ruhenden Leiter der Freileitung und der Turmachse der Windenergieanlage ein Mindestabstand einzuhalten, der sich hauptsächlich aus der Summe des Rotorradius' der Windenergieanlage und einem waagerechten spannungsabhängigen Mindestabstand ergibt. Für Freileitungen mit einer Netzspannung bis 110 kW beträgt der spannungsabhängige Mindestabstand 20 m, darüber 30 m.</u>
239	<u>Maßgeblich ist der Mindestabstand von einem Rotorradius zum Schutzstreifen der Freileitung.</u>	<u>Für Freileitungen mit einer Netzspannung von mindestens 110 kW wird unter Berücksichtigung der Parameter der Referenzanlage und der DIN EN 50341-2-4, Punkt 5.9.3 DE.2.1 ein Mindestabstand zu Vorranggebieten von 130 m gemessen von der Mittelachse der Freileitung angewendet. Dieser Abstand setzt sich zusammen aus Rotorradius (80 m), Abstand zwischen Mittelachse und Leiter (20 m) und pauschal spannungsabhängigem Mindestabstand (30 m).</u>
256	Gemäß § 9 Absatz 1 Bundesfernstraßengesetz (FStrG) [5] dürfen Hochbauten jeder Art längs von Bundesautobahnen in einer Entfernung von 40 Metern und bei Bundesstraßen in einer Entfernung von bis zu 20 Metern nicht errichtet werden. Daneben bedürfen Baugenehmigungen oder andere Zulassungen baulicher Anlagen längs der Bundesautobahnen in einer Entfernung bis zu 100 m und längs der Bundesstraßen bis zu 40 Metern der Zustimmung der obersten Landesstraßenbaubehörde (§ 9 Absatz 2 FStrG). <u>Im Fall von Windenergieanlagen beziehen sich die Abstände dabei jeweils auf den Abstand vom äußersten Rand der befestigten Fahrbahn zur äußersten Rotorblattspitze ([36] S. 2).</u>	Gemäß § 9 Absatz 1 Bundesfernstraßengesetz (FStrG) [5] dürfen Hochbauten jeder Art längs von Bundesautobahnen in einer Entfernung von 40 Metern und bei Bundesstraßen in einer Entfernung von bis zu 20 Metern nicht errichtet werden. Daneben bedürfen Baugenehmigungen oder andere Zulassungen baulicher Anlagen längs der Bundesautobahnen in einer Entfernung bis zu 100 m und längs der Bundesstraßen bis zu 40 Metern der Zustimmung der obersten Landesstraßenbaubehörde (§ 9 Absatz 2 FStrG). <u>Ausnahmen sind nach § 9 Absatz 7 und 8 FStrG möglich.</u>
257	An Landes- und Kreisstraßen dürfen nach § 24 Absatz 1 des Brandenburgischen Straßengesetzes (BbgStrG) [3] außerhalb der Ortsdurchfahrten Hochbauten jeder Art in einer	An Landes- und Kreisstraßen dürfen nach § 24 Absatz 1 des Brandenburgischen Straßengesetzes (BbgStrG) [3] außerhalb der Ortsdurchfahrten Hochbauten jeder Art in einer

Rn.	Text Entwurf vom 15. Juni 2023	Text Satzungsfassung vom 6. Juni 2024
	Entfernung von bis zu 20 Metern, gemessen vom äußeren Rand der für den Kraftfahrzeugverkehr bestimmten Fahrbahn, nicht errichtet werden.	Entfernung von bis zu 20 Metern, gemessen vom äußeren Rand der für den Kraftfahrzeugverkehr bestimmten Fahrbahn, nicht errichtet werden. <u>Ausnahmen von den Regelungen des Anbauverbots sind möglich (§ 24 Absatz 8, 9 BbgStrG). Zudem gilt die Zustimmungsbedürftigkeit nach § 24 Absatz 2 BbgStrG.</u> <u>Im Fall von Windenergieanlagen beziehen sich die vorbenannten Abstände (einschließlich Rn. 257) jeweils auf den Abstand vom äußersten Rand der befestigten Fahrbahn zur äußersten Rotorblattspitze ([37] S. 2).</u>
258	Straßenrechtliche Anbauverbote dienen dazu, die Sicherheit und Leichtigkeit des Straßenverkehrs zu gewährleisten und Gefahren durch Ablenkung und Sichtbeeinträchtigung zu vermeiden. Bei der Festlegung von Vorranggebieten sind die vorbenannten Belange im Einzelfall zu prüfen und zu berücksichtigen.	Straßenrechtliche Anbauverbote <u>sowie Zustimmungsvorbehalte</u> dienen dazu, die Sicherheit und Leichtigkeit des Straßenverkehrs zu gewährleisten und Gefahren durch Ablenkung und Sichtbeeinträchtigung zu vermeiden. <u>Sie gelten nicht nur für Bestandsstraßen, sondern auch für Straßen in Planung (§ 9 Abs. 4 FStrG, § 24 Abs. 5 BbgStrG).</u> Bei der Festlegung von Vorranggebieten <u>berücksichtigt die Regionale Planungsgemeinschaft die nach § 9 Absatz 1 FStrG sowie § 24 Absatz 1 BbgStrG erforderlichen Mindestabstände.</u>
259	Auch an Schienenwegen muss die Sicherheit des Verkehrs sowie der Gleisanlage gewährleistet sein. Verbindliche Abstandsregelungen für Windenergieanlagen existieren nicht. <u>Einzuhaltende Schutzabstände sind auf der Grundlage der Hinweise der zuständigen Behörde im Einzelfall zu ermitteln. Das Eisenbahnbundesamt empfiehlt allgemein einen Abstand von Windenergieanlagen zu Gleisanlagen in Höhe des zweifachen Rotordurchmessers, zumindest aber die Gesamtanlagenhöhe. ([36] S. 4) Auf Bahnstromleitungen können die Mindestanforderungen für Freileitung übertragen werden. Nach den Parametern der Referenzanlage ergibt sich eine Mindestabstandsanforderung von 240 Metern (Gesamthöhe).</u>	Auch an Schienenwegen muss die Sicherheit des Verkehrs sowie der Gleisanlage gewährleistet sein. Verbindliche Abstandsregelungen für Windenergieanlagen existieren nicht. <u>Nach den Eisenbahnspezifischen Technischen Baubestimmungen (EiTB), Kapitel 2.7 Anlage A 1.2.8/6, sind zwischen Windenergieanlagen und Schienenverkehrswegen einzuhaltenden Abstände in der Regel auf der Grundlage von Stellungnahmen eines Sachverständigen im Einzelfall zu ermitteln sind. Für die Festlegung von Vorranggebieten im Sachlichen Teilregionalplan kann ein vorsorgender Mindestabstand zu Gleisanlagen von einer Gesamthöhe einer Windenergieanlage als angemessen bewertet werden. ([37] S. 4) Auf Bahnstromleitungen können die Mindestanforderungen für Freileitung übertragen werden. (siehe Rn. 237) Nach den Parametern der Referenzanlage berücksichtigt die Regionale Planungsgemeinschaft eine Mindestabstandsanforderung von 240 Metern (Gesamthöhe der Referenzanlage).</u>
260	Bei der Festlegung von Vorranggebieten sind die vorbenannten Belange im Einzelfall zu prüfen und zu berücksichtigen. Bei diesen Prüfungen <u>kann</u> von folgenden <u>allgemeinen</u> Einschätzungen ausgegangen werden:	Bei der Festlegung von Vorranggebieten sind die vorbenannten Belange im Einzelfall zu prüfen und zu berücksichtigen. Bei diesen Prüfungen <u>wird</u> von folgenden <u>allgemeinen</u> Einschätzungen ausgegangen werden :

Rn.	Text Entwurf vom 15. Juni 2023	Text Satzungsfassung vom 6. Juni 2024
261	Grenzt eine Fläche, die für eine Festlegung als Vorranggebiet für die Windenergienutzung in Frage kommt, an eine der benannten Verkehrsstrassen, kann der betreffende <u>Abstandsbereich</u> in der Regel nicht als Vorranggebiet festgelegt werden.	Grenzt eine Fläche, die für eine Festlegung als Vorranggebiet für die Windenergienutzung in Frage kommt, an eine der benannten Verkehrsstrassen, kann der betreffende <u>Mindestabstandsbereich</u> (Rn. 258 Satz 3 bzw. Rn. 259 Satz 6) in der Regel nicht als Vorranggebiet festgelegt werden.
264	Für den Verkehrslandeplatz Schönhagen ist ein beschränkter Bauschutzbereich nach § 17 LuftVG festgelegt.	Für den Verkehrslandeplatz Schönhagen ist ein beschränkter Bauschutzbereich nach § 17 LuftVG festgelegt. <u>Bauschutzbereiche werden nicht für die Festlegung von Vorranggebieten in Betracht gezogen.</u>
265	Zur Gewährleistung der Hindernisfreiheiten der übrigen in der Region betriebenen Verkehrs- und Sonderlandeplätze sind die gemeinsamen Grundsätze des Bundes und der Länder für die Anlage und den Betrieb von Flugplätzen für Flugzeuge im Sichtflugbetrieb (Nfl 1-92/13) zu berücksichtigen.	Zur Gewährleistung der Hindernisfreiheiten (<u>Freihalten von Hindernisbegrenzungsflächen und das Einhalten von Abständen zu Platzrunden</u>) der übrigen in der Region betriebenen Verkehrs- und Sonderlandeplätze sind die gemeinsamen Grundsätze des Bundes und der Länder für die Anlage und den Betrieb von Flugplätzen für Flugzeuge im Sichtflugbetrieb (Nfl 1-92/13) zu berücksichtigen. <u>Danach sollen keine Bauwerke oder sonstigen Erhebungen in die äußere Hindernisbegrenzungsfläche hineinragen, die nach den örtlichen Verhältnissen die sichere Durchführung des Flugbetriebs gefährden können. In Bezug auf die Platzrunde ist grundsätzlich von einer Gefährdung des Flugplatzverkehrs auszugehen, wenn relevante Bauwerke oder sonstige Anlagen innerhalb der geplanten oder festgelegten Platzrunde errichtet werden sollen oder wenn in anderen Bereichen relevante Bauwerke oder sonstige Anlagen einen Mindestabstand von 400 Metern zum Gegenanflug von Platzrunden und/oder 850 Metern zu den anderen Teilen von Platzrunden (inkl. Kurventeilen) unterschreiten (Nfl 1-92/13, Nr. 6). Die nach diesen Kriterien zu ermittelnden Flächen werden für eine Festlegung als Vorranggebiet nicht in Betracht gezogen, soweit sich aus der Prüfung des Einzelfalls keine andere Entscheidung ergibt.</u>
267	Bei der Festlegung von Vorranggebieten für die Windenergienutzung ist auf der Grundlage dieser <u>Vorschriften</u> unter Berücksichtigung der Stellungnahme der zuständigen Luftfahrtbehörde zu entscheiden.	<u>Über die</u> Festlegung von Vorranggebieten für die Windenergienutzung ist auf der Grundlage dieser <u>Bestimmungen</u> unter Berücksichtigung der Stellungnahme der zuständigen Luftfahrtbehörde zu entscheiden.
272	Es kann grundsätzlich nicht ausgeschlossen werden, dass Windenergieanlagen auf Grund ihrer Größe und Bauart sowie insbesondere auf Grund des von der Drehbewegung der Rotoren ausgehenden „Unruheelements“ eine solche Wirkung haben können. <u>Nach der</u>	Es kann grundsätzlich nicht ausgeschlossen werden, dass Windenergieanlagen auf Grund ihrer Größe und Bauart sowie insbesondere auf Grund des von der Drehbewegung der Rotoren ausgehenden „Unruheelements“ eine solche Wirkung haben können. <u>Nach §</u>

Rn.	Text Entwurf vom 15. Juni 2023	Text Satzungsfassung vom 6. Juni 2024
	<u>Rechtsprechung des Bundesverwaltungsgerichts ist es nach den Umständen des Einzelfalls zu beurteilen, ob eine Windenergieanlage eine benachbarte Wohnbebauung in optisch bedrängender oder erdrückender Weise unzumutbar beeinträchtigt ([53] Rn. 15).</u>	<u>249 Absatz 10 BauGB steht der öffentliche Belang einer optisch bedrängenden Wirkung einem Vorhaben nach § 35 Absatz 1 Nummer 5, das der Erforschung, Entwicklung oder Nutzung der Windenergie dient, in der Regel nicht entgegen, wenn der Abstand von der Mitte des Mastfußes der Windenergieanlage bis zu einer zulässigen baulichen Nutzung zu Wohnzwecken mindestens der zweifachen Höhe der Windenergieanlage entspricht. Höhe im Sinne dieser Regelung ist die Nabenhöhe zuzüglich Radius des Rotors.</u>
318	Eine Verpflichtung, dass sich die Rotorblätter von Windenergieanlagen innerhalb der ausgewiesenen Fläche befinden müssen, besteht in den Vorranggebieten nicht. In den Vorranggebieten sind keine Flächen enthalten, für die Bauleitpläne vorliegen, die nach dem 1. Februar 2023 wirksam geworden sind und die Bestimmungen zur Höhe baulicher Anlagen enthalten. Die Vorranggebiete können nach § 4 Absatz 3 Satz 1 WindBG vollständig auf das regionale Teilflächenziel angerechnet werden. Flächen anderer Planungsebenen werden, soweit sie sich auf die gleiche Fläche beziehen, gemäß § 4 Absatz 1 Satz 2 WindBG nicht zusätzlich in die Berechnung des regionalen Teilflächenziels einbezogen.	Eine Verpflichtung, dass sich die Rotorblätter von Windenergieanlagen innerhalb der ausgewiesenen Fläche befinden müssen, besteht in den Vorranggebieten nicht. In den Vorranggebieten sind keine Flächen enthalten, für die Bauleitpläne vorliegen, die nach dem 1. Februar 2023 wirksam geworden sind und die Bestimmungen zur Höhe baulicher Anlagen enthalten. Die Vorranggebiete können nach § 4 Absatz 3 Satz 1 WindBG vollständig auf das regionale Teilflächenziel angerechnet werden. Flächen anderer Planungsebenen werden, soweit sie sich auf die gleiche Fläche beziehen, gemäß § 4 Absatz 1 Satz 2 WindBG nicht zusätzlich in die Berechnung des regionalen Teilflächenziels einbezogen. <u>In den Vorranggebieten sind keine Flächen enthalten, die aufgrund des § 249 Absatz 5 WindBG zur Erreichung des maßgeblichen regionalen Teilflächenziels festgelegt wurden.</u>
324	Nach § 249 BauGB richtet sich im Gebiet der Region außerhalb der Vorranggebiete für die Windenergienutzung die Zulässigkeit von Vorhaben nach § 35 Absatz 1 Nummer 5 BauGB, die der Erforschung, Entwicklung oder Nutzung der Windenergie dienen, nach § 35 Absatz 2 BauGB. Das gilt nicht für Vorhaben des Repowerings im Sinne des §16b Absatz 1 und 2 BImSchG, es sei denn, das Vorhaben soll in einem Natura-2000-Gebiet im Sinne des § 7 Absatz 1 Nummer 8 BNatSchG oder in einem Naturschutzgebiet im Sinne des § 23 BNatSchG verwirklicht werden.	<u>Wurde von der Landesplanungsbehörde festgestellt, dass der Sachliche Teilregionalplan mit einem der Teilflächenziele nach Artikel I des Brandenburgischen Flächenzielgesetzes (BbgFzG) in Einklang steht, richtet sich nach § 249 Absatz 2 BauGB im Gebiet der Region außerhalb der Vorranggebiete für die Windenergienutzung die Zulässigkeit von Vorhaben nach § 35 Absatz 1 Nummer 5 BauGB, die der Erforschung, Entwicklung oder Nutzung der Windenergie dienen, nach § 35 Absatz 2 BauGB. Das gilt bis zum Ablauf des 31. Dezember 2030 nicht für Vorhaben des Repowerings im Sinne des §16b Absatz 1 und 2 BImSchG, es sei denn, das Vorhaben soll in einem Natura-2000-Gebiet im Sinne des § 7 Absatz 1 Nummer 8 BNatSchG oder in einem Naturschutzgebiet im Sinne des § 23 BNatSchG verwirklicht werden. (§ 249 Absatz 3 BauGB)</u>
325	<u>Die Gemeinden haben ihre Bauleitpläne den Zielen der Raumordnung anzupassen (§ 1</u>	<u>Die im Sachlichen Teilregionalplan festgelegten Vorranggebiete für die</u>

Rn.	Text Entwurf vom 15. Juni 2023	Text Satzungsfassung vom 6. Juni 2024
	<u>Absatz 4 BauGB). Innerhalb der Vorranggebiete für die Windenergienutzung können die Gemeinden in Flächennutzungsplänen oder Bebauungspläne keine Festlegungen treffen, die mit der Windenergienutzung unvereinbar sind. Insbesondere widersprechen Bauleitpläne, die eine Höhenbeschränkung für Windenergieanlagen enthalten, dem Ziel 1 des sachlichen Teilregionalplans (§ 1 Absatz 4 BauGB).</u>	<u>Windenergienutzung dienen der Erreichung der Flächenziele des WindBG beziehungsweise des BbgFzG (Rn. 7). Da Flächen, die in Plänen ausgewiesen werden, die nach dem 1. Februar 2023 wirksam geworden sind und Bestimmungen zur Höhe baulicher Anlagen enthalten, nicht auf das regionale Teilflächenziel angerechnet werden können (siehe § 4 Absatz 1 Satz 5 WindBG), stellen Bauleitpläne mit Höhenbeschränkung für Windenergieanlagen keine zulässige Konkretisierung der Vorranggebiete dar. Bauleitpläne, die solche Bestimmungen enthalten, widersprechen daher dem Ziel des Sachlichen Teilregionalplans und sind anzupassen.</u>
327	<u>Regionalpläne bestehen nach § 2 Absatz 2 Satz 1 RegBkPIG [14] aus textlichen und zeichnerischen Festlegungen.</u>	<u>Der Sachliche Teilregionalplan Windenergienutzung 2027 besteht aus textlichen und zeichnerischen Festlegungen. (§ 2 Absatz 2 Satz 1 RegBkPIG [14])</u>

Die Ergänzende Unterlage nach Abschnitt VI Nummer 9 wurde auf der Grundlage der Ergebnisse der Auswertung der im Beteiligungsverfahren eingegangenen Stellungnahmen aktualisiert, konkretisiert und ergänzt.

Anhänge:

1. Öffentliche Bekanntmachung über die Durchführung des öffentlichen Auslegungs- und Beteiligungsverfahrens zum Entwurf des Sachlichen Teilregionalplans Windenergienutzung 2027 der Region Havelland-Fläming (Amtsblatt für Brandenburg – Nr. 30 vom 2 August 2023, Seiten 729 bis 731)
2. Abwägungsdokumentation – Einzelabwägungen nach Stellungnehmenden und Sachpunkten (Abwägungstabellen)
3. Zusammenfassende kartografische Darstellung der im Beteiligungsverfahren vorgeschlagenen zusätzlichen Vorranggebiete

In dem Planfeststellungsbeschluss ist über alle rechtzeitig vorgebrachten Einwendungen, Forderungen und Anregungen entschieden worden.

IV.

Rechtsbehelfsbelehrung

Die Rechtsbehelfsbelehrung des Planfeststellungsbeschlusses lautet:

Gegen diesen Planfeststellungsbeschluss kann innerhalb eines Monats nach Zustellung Klage beim

Oberverwaltungsgericht Berlin-Brandenburg
Hardenbergstraße 31
10623 Berlin

(§ 48 Absatz 1 Satz 1 Nummer 8 der Verwaltungsgerichtsordnung [VwGO]) erhoben werden.

Nach § 67 Absatz 4 Satz 1 VwGO müssen sich die Beteiligten, außer im Prozesskostenhilfverfahren, durch Prozessbevollmächtigte vertreten lassen. Nach § 67 Absatz 4 Satz 3 und Absatz 2 Satz 1 VwGO sind als Bevollmächtigte nur Rechtsanwälte oder Rechtslehrer an einer staatlichen oder staatlich anerkannten Hochschule eines Mitgliedstaates der Europäischen Union, eines anderen Vertragsstaates des Abkommens über den Europäischen Wirtschaftsraum oder der Schweiz, der die Befähigung zum Richteramt besitzt, zugelassen. Vor dem Oberverwaltungsgericht sind auch die in § 67 Absatz 2 Satz 2 Nummer 4 bis 7 VwGO bezeichneten Personen und Organisationen als Bevollmächtigte zugelassen. Behörden und juristische Personen des öffentlichen Rechts einschließlich der von ihnen zur Erfüllung ihrer öffentlichen Aufgaben gebildeten Zusammenschlüsse können sich durch eigene Beschäftigte mit Befähigung zum Richteramt oder durch Beschäftigte mit Befähigung zum Richteramt anderer Behörden oder juristischer Personen des öffentlichen Rechts einschließlich der von ihnen zur Erfüllung ihrer öffentlichen Aufgaben gebildeten Zusammenschlüsse vertreten lassen.

BEKANNTMACHUNGEN DER KÖRPERSCHAFTEN, ANSTALTEN UND STIFTUNGEN DES ÖFFENTLICHEN RECHTS

Regionale Planungsgemeinschaft Havelland-Fläming

Öffentliche Auslegung des Entwurfs des Sachlichen Teilregionalplans Windenergienutzung 2027 der Region Havelland-Fläming

Bekanntmachung
der Regionalen Planungsgemeinschaft
Havelland-Fläming
Vom 12. Juli 2023

Die Regionale Planungsgemeinschaft Havelland-Fläming ist Trägerin der Regionalplanung im Gebiet der Region Havelland-Fläming. Ihr obliegt die Pflichtaufgabe, für das Gebiet der Region einen Regionalplan aufzustellen, fortzuschreiben, zu ändern und zu ergänzen (§ 4 Absatz 2 Satz 1 des Gesetzes zur Regionalplanung und zur Braunkohlen- und Sanierungsplanung [RegBkPIG] in der Fassung der Bekanntmachung vom 8. Februar 2012 [GVBl. I Nr. 13], zuletzt geändert durch das Gesetz vom 23. Juni 2021 [GVBl. I Nr. 19]).

Zur Region „Havelland-Fläming“ gehören nach § 3 Absatz 2 Nummer 5 RegBkPIG die Gebiete der Landkreise Havelland, Potsdam-Mittelmark und Teltow-Fläming sowie der kreisfreien Städte Potsdam und Brandenburg an der Havel.

Die Regionalversammlung der Regionalen Planungsgemeinschaft Havelland-Fläming hat in ihrer Sitzung am 15. Juni 2023 den

Entwurf des Sachlichen Teilregionalplans Windenergienutzung 2027

vom 15. Juni 2023, bestehend aus textlichen Festlegungen und Festlegungskarte mit Begründung und Umweltbericht, gebilligt und die Durchführung des Beteiligungsverfahrens und der öffentlichen Auslegung der Unterlagen nach § 9 Absatz 2 des Raumordnungsgesetzes (ROG) in Verbindung mit § 2 Absatz 3 RegBkPIG beschlossen.

Der Entwurf des Sachlichen Teilregionalplans Windenergienutzung 2027 bezieht sich auf die gesamte Region „Havelland-Fläming“ und beinhaltet zeichnerische sowie textliche Festsetzungen zur Nutzung der Windenergie (Errichtung von Windenergieanlagen).

Inhaltlich betrifft der Sachliche Teilregionalplan Windenergienutzung 2027 die Festlegung der Gebiete für die Windenergienutzung im oben genannten Plangebiet.

Der mit dem Entwurf des Sachlichen Teilregionalplans Windenergienutzung 2027 ausliegende Umweltbericht beinhaltet umweltbezogene Informationen und dokumentiert die voraussichtlichen, erheblichen Auswirkungen des Regionalplans auf die menschliche Gesundheit, Tiere, Pflanzen und die biologische Vielfalt, den Boden, das Wasser, das Klima und die Luft, die Landschaft sowie Kultur- und sonstige Sachgüter. Darüber hinaus gibt der Umweltbericht Auskunft über geprüfte Alternativen, Schwierigkeiten bei der Zusammenstellung von Umweltinformationen, Maßnahmen zur Vermeidung und Verringerung von Umweltauswirkungen sowie geplante Maßnahmen zur Überwachung von Umweltauswirkungen.

Zusammen mit dem Sachlichen Teilregionalplan Windenergienutzung 2027 werden darüber hinaus ergänzende Unterlagen mit weiteren Informationen, Einschätzungen und Bewertungen ausgelegt, welche zweckdienlich zum Verständnis der Planung sind. Es handelt sich um folgende Materialien:

1. Regionale Planungsstelle Havelland-Fläming (2023): Herleitung und Begründung von Parametern einer Windenergieanlage, die bei Abwägungsentscheidungen zur Festlegung von Vorranggebieten für die Windenergienutzung typisierend zugrunde gelegt werden (Referenzanlage)
2. Regionale Planungsstelle Havelland-Fläming (2023): Eignung des Planungsraums für den Betrieb von Windenergieanlagen (Windhöflichkeit)
3. Regionale Planungsstelle Havelland-Fläming (2023): Herleitung und Begründung der Planungskriterien für die Festlegung von Vorranggebieten für die Windenergienutzung: Mindestabstand zwischen Vorranggebieten, maximale Größe von Vorranggebieten und Mindestgröße von Vorranggebieten
4. Regionale Planungsstelle Havelland-Fläming (2019): Windenergieanlagen im Wald, Einordnung von Waldflächen in das Planungskonzept zur Festlegung von Eignungsgebieten für die Windenergienutzung im Regionalplan Havelland-Fläming 3.0
5. Erläuterungskarte 1: Anwendung der Kriterien gemäß Abschnitt IV.2.4
6. Erläuterungskarte 2: Anwendung der Kriterien gemäß Abschnitt IV.2.5
7. Erläuterungskarte 3: Ermittlung der Gebiete, die für eine Festlegung als Vorranggebiet in Betracht kommen
8. Erläuterungskarte 4: Vorranggebiete und Potenzialflächen
9. Datenblätter zur Erläuterung gebietsbezogener Sachverhalts-ermittlungen und Bewertungen
10. Liste der Geodaten

Der Entwurf des Sachlichen Teilregionalplans Windenergienutzung 2027 wird mit seiner Begründung, dem Umweltbericht sowie ergänzenden Unterlagen

vom 10. August 2023 bis einschließlich 10. Oktober 2023

bei den nachfolgend benannten Stellen während der angegebenen Zeiten für jedermann zur kostenlosen Einsicht ausgelegt.

Regionale Planungsgemeinschaft Havelland-Fläming:

Regionale Planungsgemeinschaft Havelland-Fläming
Regionale Planungsstelle
Oderstraße 65, 1. OG, Sekretariat
14513 Teltow

Montag, Dienstag, Mittwoch 9 - 16 Uhr
Donnerstag 9 - 18 Uhr
Freitag 9 - 14 Uhr
Telefon: 03328 33540
E-Mail: info@havelland-flaeming.de

Landkreis Teltow-Fläming:

Amt für Wirtschaftsförderung und Kreisentwicklung
Sachgebiet Kreisentwicklung
Dienstgebäude Zinnaer Straße 34, 2. OG, Raum 13
14943 Luckenwalde
Montag, Dienstag, Mittwoch 9 - 12 und 13 - 15 Uhr
Donnerstag 9 - 12 und 13 - 17.30 Uhr
Freitag 9 - 12 Uhr
Telefon: 03371 608-4111
E-Mail: Kreisentwicklung@teltow-flaeming.de

Landkreis Potsdam-Mittelmark:

Kreisverwaltung
Sekretariat des Landrates, Raum 201
Niemöllerstraße 1
14806 Bad Belzig
Montag bis Donnerstag von 8 - 17 Uhr
Freitag von 8 - 14 Uhr
Telefon: 033841 91-243
E-Mail: jana.ebert@potsdam-mittelmark.de

Stadt Brandenburg an der Havel:

Stadt Brandenburg an der Havel
Klosterstraße 14
Haupteingang Foyer
14770 Brandenburg an der Havel
Montag: 8 - 12 und 13 - 15 Uhr
Dienstag: 8 - 12 und 13 - 17 Uhr
Mittwoch: 8 - 12 und 13 - 15 Uhr
Donnerstag: 8 - 12 und 13 - 15 Uhr
Freitag: 8 - 12 Uhr
Telefon: 03381 58-6122
E-Mail: bauleitplanung@stadt-brandenburg.de

Landeshauptstadt Potsdam:

Landeshauptstadt Potsdam
Bereich Gesamtstädtische Planung
Hegelallee 6 - 10, Haus 1, Raum 816
14467 Potsdam
Montag bis Donnerstag 9 - 17 Uhr
Freitag 8 - 14 Uhr
Telefon: 0331 289-2557
E-Mail: gesamtsstaedtsche-planung@rathaus.potsdam.de

Landkreis Havelland:

Die Unterlagen können in drei Bürgerservicebüros eingesehen werden:

Bürgerservicebüro Rathenow

Platz der Freiheit 1
14712 Rathenow

(Zufahrt über Hofeinfahrt Rosa-Luxemburg-Straße)
Telefon: 03385 551-1210
Fax: 03385 551-31210

Bürgerservicebüro Falkensee

Dallgower Straße 9
14612 Falkensee
(Gesundheitszentrum im 2. Obergeschoss)
Telefon: 03321 403-6801
Fax: 03321 403-36801

Bürgerservicebüro Nauen

Hamburger Straße 4
14641 Nauen
(Behindertenzugang über Haus-Nr. 3)
Telefon: 03321 403-5888
Fax: 03321 403-35888

Öffnungszeiten der Bürgerservicebüros:

Montag: 9 - 13 Uhr
Dienstag: 9 - 12 Uhr und 13 - 18 Uhr
Mittwoch: geschlossen
Donnerstag: 9 - 12 Uhr und 13 - 18 Uhr
Freitag: 9 - 13 Uhr
Samstag: 9 - 12 Uhr (je nach Dienststelle: Rathenow: 1. Samstag im Monat, Falkensee: 2. Samstag im Monat, Nauen: 3. Samstag im Monat)
E-Mail: buergerservice@havelland.de.

Der Planentwurf mit seiner Begründung und der Umweltbericht sowie die ergänzenden Unterlagen können zudem auch **im Internet auf der Webseite**

<https://havelland-flaeming.de/regionalplan/entwurf-sachlicher-teilregionalplan-wind/>

eingesehen werden.

Vom

10. August 2023 bis einschließlich 10. Oktober 2023

können zum Entwurf des Sachlichen Teilregionalplans Windenergienutzung 2027, zu seiner Begründung, dem Umweltbericht sowie den ergänzenden Unterlagen Stellungnahmen abgegeben werden.

Für die Abgabe einer schriftlichen Stellungnahme können die oben genannten Kontaktmöglichkeiten einschließlich der E-Mail-Adressen genutzt werden. Unter anderem ist auch die Abgabe einer mündlichen Stellungnahme zur Niederschrift in den oben benannten Auslegungsstellen möglich.

Mit Ablauf der genannten Frist sind alle Stellungnahmen, die nicht auf besonderen privatrechtlichen Titeln beruhen, ausgeschlossen.

Teltow, den 12. Juli 2023

Mike Schubert

1. Stellvertreter des Vorsitzenden
der Regionalversammlung

Rechtsanwaltskammer des Landes Brandenburg

Änderung der Wahlordnung zur Wahl der Vertreter der Rechtsanwaltskammer des Landes Brandenburg für die Satzungsversammlung vom 13. April 2018

Die Kammerversammlung der Rechtsanwaltskammer des Landes Brandenburg hat in ihrer 32. ordentlichen Kammerversammlung vom 2. Juni 2023 die nachfolgend niedergelegten Änderungen der Wahlordnung für die Wahl der Vertreter der Rechtsanwaltskammer des Landes Brandenburg vom 13. April 2018 beschlossen:

„I. Die Wahlordnung zur Wahl der Vertreter der Rechtsanwaltskammer des Landes Brandenburg für die Satzungsversammlung, bei unveränderter Fortgeltung der Regelungen in den §§ 4, 5, 13 und 19, wird wie folgt neu gefasst:

„ALLGEMEINES

§ 1

Grundzüge

(1) Die Mitglieder der Rechtsanwaltskammer wählen aus dem Kreis der vorgeschlagenen Mitglieder geheim und unmittelbar durch Briefwahl oder durch elektronische Wahl die auf die Rechtsanwaltskammer entfallenden Mitglieder der Satzungsversammlung für die Dauer von vier Jahren (§ 191b BRAO).

(2) Ob die Wahl zur Satzungsversammlung als Briefwahl oder als elektronische Wahl durchgeführt wird, entscheidet der Wahlausschuss unter Berücksichtigung des prognostizierten tatsächlichen und finanziellen Aufwandes sowie - im Fall der elektronischen Wahl - der Zuverlässigkeit des elektronischen Wahlsystems. Vor einer abschließenden Entscheidung ist der Vorstand der Rechtsanwaltskammer zu hören.

BRIEFWAHL

1. Vorbereitung der Briefwahl

§ 2

Wahlausschuss





(1) Der Kammervorstand wählt mit der Mehrheit seiner anwesenden Mitglieder den Wahlausschuss für die Leitung und Durchführung der Wahl; wählbar ist, wer nach Maßgabe der §§ 65, 66 BRAO in den Kammervorstand wählbar wäre.

(2) Der Wahlausschuss besteht aus drei Mitgliedern. Für jedes Mitglied ist eine Stellvertreterin/ein Stellvertreter zu wählen, der das Mitglied im Falle von dessen Abwesenheit oder Ausscheiden vertritt. Die Mitgliedschaft oder Kandidatur zur Satzungsversammlung schließt die Mitgliedschaft im Wahlausschuss aus. Die Mitglieder des Wahlausschusses sind zur Wahrung des Wahlgeheimnisses verpflichtet.



1:350.000

Entwurf Sachlicher Teilregionalplan Windenergienutzung 2027

-  Im Beteiligungsverfahren vorgeschlagene Flächen für zusätzliche Vorranggebiete für die Windenergienutzung
-  Vorranggebiete für die Windenergienutzung gemäß Entwurf des Sachlichen Teilregionalplans 2027
-  Gemeindegrenze
-  Regionsgrenze